

Auch wenn man von Konjunkturschwankungen abseht, verlief das Konsumwachstum seit 1954 nicht gleichmäßig. Am höchsten war der Zuwachs in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre (je Kopf durchschnittlich +5,68% pro Jahr), in der Folge nahm er aber ab und erreichte im Fünfjahresdurchschnitt 1964/69 nur 3,20% pro Jahr. Erst seit Beginn der siebziger Jahre wuchs der Verbrauch wieder stärker (+4,94% pro Jahr), jedoch noch immer viel schwächer als von 1954 bis 1959. Noch deutlicher wird der Wachstumsverlauf des Konsums, wenn man Konjunkturzyklen vom Beginn der Erholungs- bis zum Ende der Abschwächungsphase, gemessen an den Abweichungen des realen Brutto-Nationalproduktes (ohne Land- und Forstwirtschaft) vom Trend¹⁾ erfaßt. Danach sank die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Konsums je Kopf von 6,19% im Konjunkturzyklus 1954/58 bis auf 3,59% in der Periode 1962/67 und erhöhte sich erst mit dem Aufschwung 1968 bis 1974 auf 4,51%.

Übersicht 1

Entwicklung des privaten Konsums und des verfügbaren persönlichen Einkommens²⁾

Periode	Privater Konsum		Verfügbares persönliches Einkommen	
	insgesamt	je Kopf	insgesamt	je Kopf
	Durchschnittliche reale Veränderung pro Jahr in % ²⁾			
1954/1959	5,89	5,68	7,04	6,83
1959/1964	5,11	4,54	5,21	4,64
1964/1969	3,71	3,20	4,00	3,47
1969/1974	5,42	4,94	6,27	5,79
1954/1974	4,76	4,27	5,15	4,66
Konjunkturzyklus ³⁾				
1954/1958	6,35	6,19	7,90	7,74
1958/1962	5,36	4,85	5,59	5,08
1962/1967	4,13	3,59	4,31	3,77
1967/1974	5,03	4,51	5,82	5,31

¹⁾ Auf Grund der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Stand Ende 1974. —

²⁾ Kontinuierliche Wachstumsraten über den Zeitbereich — ³⁾ Vom Beginn der Erholungs- bis zum Ende der Abschwächungsphase gemessen an den Abweichungen des realen Brutto-Nationalproduktes (ohne Land- und Forstwirtschaft) vom Trend (Vgl. G. Tichy: Indikatoren der österreichischen Konjunktur a. a. O.).

Abgesehen von kurzfristigen Schwankungen ist der Konsum im allgemeinen schwächer gewachsen als das verfügbare persönliche Einkommen. Dadurch ist die Sparquote von durchschnittlich 8½% in den Jahren 1954 bis 1959 auf 14% in der Zeit von 1970 bis 1974 gestiegen. Wurden in den Jahren 1955 bis 1959 22% des zusätzlichen verfügbaren persönlichen Einkommens gespart, so waren es 1970 bis 1974 26½%, nach 16% und 19½% in den dazwischenliegenden Fünfjahresperioden. In der ersten Hälfte der siebziger Jahre läßt sich somit eine deutliche Sparwelle feststellen.

¹⁾ Siehe dazu G. Tichy: Indikatoren der österreichischen Konjunktur 1950 bis 1970, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Studien und Analysen Nr. 4, Wien 1972

Die hier dargestellte Entwicklung des privaten Konsums bezieht sich auf den Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung. Sie schließt nicht aus, daß verschiedene soziale Gruppen, Haushaltstypen oder Einzelpersonen ihre Konsumausgaben weniger oder stärker steigern konnten. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß für längerfristige Betrachtungen die privaten Konsumausgaben als Wohlstandsmaß nicht ausreichen. Dazu müßten neben der Ausstattung mit dauerhaften Konsumgütern vor allem die Vermögensverhältnisse (insbesondere Hausbesitz) der privaten Haushalte und die Leistungen der öffentlichen Hand für den Konsum (insbesondere Gesundheits- und Bildungswesen) einbezogen werden. Abgesehen von den statistischen Schwierigkeiten der Erfassung würden diese Aspekte den Rahmen der vorliegenden Untersuchung sprengen.

Strukturverschiebungen

Mit der Zunahme des Konsums hat sich seine Struktur stark verändert, da die Nachfrage nach den einzelnen Gütern und Leistungen sehr unterschiedlich wuchs. Besonders ausgeprägt ist die Verlagerung von den Ernährungsausgaben zu den Käufen von dauerhaften Konsumgütern²⁾ und den Aufwendungen für Bildung, Unterhaltung und Erholung. Der Anteil der dauerhaften Konsumgüter an den realen Konsumausgaben stieg, mit einer Unterbrechung im Jahre 1969 nach Einführung der Sondersteuer für Personenkraftwagen, ständig von 7% im Jahre 1954 auf 16½% im Jahre 1972, sank dann aber bis 1974 auf 15%. Der Aufschwung dieser Gruppe geht hauptsächlich auf die rasch wachsenden Anschaffungen von eigenen Verkehrsmitteln (insbesondere Personenkraftwagen) zurück, auf die 1954 erst 1½%, 1972 aber schon 5% des gesamten realen Konsums entfielen. 1973 und 1974 sank dieser Anteil hauptsächlich als Folge der Energiekrise wieder auf 4% und 3½%. Auf Bildung, Unterhaltung und Erholung entfielen 1954 erst 4½% des gesamten realen Aufwandes für Konsumzwecke, 1974 aber schon 11½%. Diese starke Erhöhung hängt hauptsächlich mit den rasch wachsenden Ausgaben für Urlaubsreisen³⁾ zusammen, deren Anteil am realen Konsum ständig von weniger als 1% auf 6% gestiegen ist. Demge-

²⁾ Im Gegensatz zu den verschiedenen Konsumtheorien wird in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Anschaffung von dauerhaften Konsumgütern und nicht der Nutzungswert des Bestandes zum Konsum gezählt.

³⁾ Zu den Ausgaben für Urlaubsreisen werden in der österreichischen Konsumberechnung der gesamte Aufwand für Auslandsurlaube — soweit er in den Devisenausgängen enthalten ist — und die Kosten für Übernachtungen im Inland gezählt. Die sonstigen Aufwendungen für Inlandsurlaube (Ernährung, Verkehrsmittel, Sport u. ä.) sind in den entsprechenden Verbrauchsgruppen enthalten, da sie in Berechnungen nach der „commodity-flow“-Methode nicht ausgegliedert werden können.

Übersicht 4

Revision der Investitionspläne 1975

	Veränderung in % ¹⁾		
	2. Plan gegen 1. Plan	3. Plan gegen 2. Plan	3. Plan gegen 1. Plan
Industrie insgesamt	- 3,4	- 5,2	- 8,5
Grundstoffindustrie	- 2,3	- 4,3	- 6,4
Investitionsgüterindustrie	- 7,6	- 6,6	-13,6
Konsumgüterindustrie	+ 1,3	- 4,3	- 3,0
Bergwerke	- 8,9	+ 2,0	- 7,2
Eisenerzeugende Industrie	- 7,9	- 9,6	-16,9
Erdölindustrie	- 8,8	- 0,8	- 9,5
Stein- u. keramische Industrie	-11,9	- 1,5	-13,1
Glasindustrie	+32,6	- 39,3	-19,5
Chemische Industrie	+ 6,0	- 4,1	+ 1,7
Papierherzeugung	-15,4	+ 7,5	- 9,0
Papierverarbeitung	+11,7	- 23,9	-15,0
Holzverarbeitung	+14,0	- 6,4	+ 6,7
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	+ 6,9	- 4,6	+ 2,3
Lederherzeugung	-68,6	+183,3	-11,1
Lederverarbeitung	+ 1,9	- 26,4	-25,0
Gießereiindustrie	-17,6	- 1,3	-18,7
Metallindustrie	+12,6	- 9,5	+ 2,0
Maschinen- Stahl- u. Eisenbau	- 7,6	+ 3,8	- 4,1
Fahrzeugindustrie	-20,2	- 3,8	-23,2
Eisen- u. Metallwarenindustrie	- 8,9	- 6,9	-15,2
Elektroindustrie	- 0,8	-12,4	-13,1
Textilindustrie	+ 4,9	-16,2	-12,1
Bekleidungsindustrie	+11,0	- 1,4	+ 9,4

¹⁾ Investitionen 1975: 1. Plan Herbst 1974
 2. Plan Frühjahr 1975
 3. Plan Herbst 1975

über den zunächst gemeldeten Plänen, sondern um fast 10% darunter.

Besonders stark blieben die Investitionen hinter den ursprünglichen Plänen zurück in der eisenerzeugenden Industrie, bei den Gießereien, bei den Eisen- und Metallwaren, in der Fahrzeugindustrie, in der Glasindustrie, der Lederverarbeitung und der Papierverarbeitung. Mit Ausnahme der eisenerzeugenden Industrie sind dies Branchen, die ihre Investitionspläne meist besonders stark nach oben korrigieren. Sie haben oft ihre ersten Investitionspläne bis zum Jahresende verdoppelt: Die kurzfristige Dispositionsfähigkeit des meist aus kleineren Projekten bestehenden Investitionsvolumens hat diesmal angesichts des deutlichen Nachfrageeinbruches in einen ebenso kräftigen Rückgang der Investitionen umgeschlagen. Die sich aus den derzeitigen Informationen abzeichnenden tatsächlichen Investitionen 1975 liegen nur in der Holzverarbeitung und in der Bekleidungsindustrie deutlich über den ersten Plänen.

Starke Unterauslastung der Kapazitäten

Die Kapazitäten der Unternehmer waren im November 1975 nach den Angaben des Investitionstestes nur zu 81% ausgelastet. Dies ist zwar der niedrigste

Übersicht 5

Kapazitätsausnutzung 1974 und 1975

	% der Betriebe nutzten die Kapazität im												Durchschnittliche Kapazitätsausnutzung in % im Herbst 1974 1975	
	Herbst 1974						Herbst 1975							
	mit % der Vollkapazität													
	bis 50	60	70	80	90	100	bis 50	60	70	80	90	100		
Industrie insgesamt	1	2	4	20	29	44	3	8	10	36	24	19	89	81
Grundstoffindustrie	0	1	1	30	17	51	1	7	3	49	14	26	90	82
Investitionsgüterindustrie	1	3	4	13	34	45	5	10	9	33	28	15	89	80
Konsumgüterindustrie	2	2	4	22	28	42	4	6	12	34	25	19	88	81
Bergwerke	0	1	2	2	32	63	0	17	3	24	31	25	92	83
Eisenerzeugende Industrie	0	0	0	1	31	68	0	22	8	54	16	0	95	76
Erdölindustrie	0	0	0	94	1	5	0	0	1	94	0	5	81	76
Stein- u. keramische Industrie	1	1	5	21	38	34	4	7	7	39	29	14	87	80
Glasindustrie	1	1	2	50	22	24	16	26	36	9	2	11	85	67
Chemische Industrie	1	2	3	21	21	52	4	3	5	47	12	29	90	83
Papierindustrie	0	0	0	2	5	93	1	0	4	14	37	44	99	89
Papierverarbeitung	0	0	2	12	47	39	0	4	32	16	35	13	91	80
Holzverarbeitung	2	5	13	8	55	17	8	11	10	21	35	15	85	78
Nahrungs- u Genußmittel-industrie	3	4	5	42	37	9	1	5	9	48	25	12	81	81
Lederherzeugung	2	9	20	51	18	0	2	18	38	31	4	7	77	74
Lederverarbeitung	0	6	3	31	23	37	6	5	3	34	14	38	86	84
Gießereiindustrie	0	5	5	5	30	55	7	6	10	15	23	39	91	83
Metallindustrie	0	5	13	0	29	53	10	18	0	59	5	8	91	75
Maschinen- Stahl- u Eisenbau	2	2	4	17	40	35	5	2	10	16	41	26	87	84
Fahrzeugindustrie	0	0	3	7	20	70	0	1	31	7	45	16	94	84
Eisen- u Metallwarenindustrie	5	5	1	13	45	31	8	6	14	33	24	15	86	78
Elektroindustrie	1	5	4	35	37	18	4	9	18	42	24	3	83	76
Textilindustrie	3	2	5	9	24	57	4	10	7	37	28	14	90	80
Bekleidungsindustrie	1	1	4	22	20	52	3	2	2	21	12	60	89	89

Gewinne der Kapitalgesellschaften und die Einkommen öffentlicher Haushalte aus Besitz und Unternehmung, aber keine abgeleiteten Einkommen. Sie ist also ebenfalls als Wohlstandsmaß nicht geeignet.

Diese Bedingung erfüllt eher das „*verfügbare persönliche Einkommen*“, das die Einkommen physischer Personen nach der Umverteilung erfaßt. Es entsteht aus deren Erwerbseinkommen nach Abzug der direkten Steuern und steuerähnlichen Abgaben (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge) und nach Hinzurechnen der öffentlichen Transfers an private Haushalte (Familienbeihilfen, Barleistungen der Sozialversicherung — vor allem Pensionen) und gibt die Konsumkraft einer Region wieder. Auch dieses Maß kann allerdings nicht als vollständiges Wohlstandsmaß bezeichnet werden (oder wenigstens als Maß des materiellen Wohlstandes), da darin weder die Ausstattung mit Sachleistungen der öffentlichen Körperschaften enthalten ist, noch ein etwaiges Preisgefälle berücksichtigt wird.

Die regionalpolitische Diskussion weist immer wieder auf die unterschiedliche Ausstattung mit zentralörtlichen Dienstleistungen hin, von denen der überwiegende Teil auf öffentliche entfällt. Das räumliche Preisgefälle ist statistisch zwar kaum belegt, ergibt sich aber schon aus der räumlichen Streuung verschiedener Betriebsformen im Einzelhandel.

Die Wahl einer dieser vier Kennzahlen wird — die Verfügbarkeit bestimmter Informationen vorausgesetzt — von der Fragestellung abhängen. Für die Marktforschung im Konsumgüterbereich sind etwa die verfügbaren persönlichen Einkommen maßgebend. Die Fragestellungen der Regionalpolitik lassen sich im wesentlichen auf zwei Komplexe reduzieren: die räumliche Verteilung des materiellen Wohlstandes und die räumliche Verteilung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der letztgenannte Komplex wird durch die ersten zwei Indikatoren gemessen, wobei (etwa zur Untersuchung von Strukturproblemen) dem BIP, sonst häufiger dem NIP der Vorzug eingeräumt wird¹⁾.

Zur Messung der Wohlstandsverteilung müßte das verfügbare persönliche Einkommen, preisbereinigt und um einen Faktor der Versorgung mit öffentlichen Leistungen korrigiert, ermittelt werden. Schon die Berechnung der verfügbaren Einkommen wäre mit größeren Schätzproblemen behaftet, die notwendigen Ergänzungen ließen sich mit dem gegenwärtigen Datenstand praktisch nicht durchführen.

Methodische Hinweise

Das hier präsentierte Zahlengebäude wurde in einer Vielzahl von kleinen und kleinsten Schritten erstellt, die Ergebnisse sind erst nach und nach zu größeren und aussagekräftigen Einheiten zusammengefaßt worden. Es ist vorgesehen, Detailberechnungen in einer ausführlichen Dokumentation festzuhalten und allfälligen Interessenten zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen dieses Aufsatzes kann nur ein kurzer Überblick gegeben werden.

Grundsätzlich wurde die bisher in der regionalen Volkseinkommensrechnung übliche Vorgangsweise²⁾ beibehalten, d. h., es wurde mit wertvoller Unterstützung durch das Österreichische Statistische Zentralamt die gesamtösterreichische Volkseinkommensrechnung in möglichst kleine Teilaggregate zerlegt, die dann mit Hilfe plausibler Schlüssel auf die regionalen Einheiten verteilt wurden. Die Werte für Österreich entstammen der Publikation „Österreichs Volkseinkommen 1972 und 1973“, Beilage zu den Statistischen Nachrichten April 1974, bzw. den dieser Publikation zugrunde liegenden unveröffentlichten Unterlagen. Seither wurden zwar einige Daten, auch solche für das Jahr 1971, etwas revidiert, aus Gründen der Konsistenz mit den letzten bisher vom Institut veröffentlichten Bundesländerergebnissen³⁾ wurde aber für die hier vorliegende Aufgliederung der Revisionsstand des Jahres 1974 herangezogen.

Als regionale Einheiten wurden die politischen Bezirke und Statutarstädte in der Abgrenzung vom 12. Mai 1971 (Volkszählungstichtag) gewählt. Alle statistischen Unterlagen, die andere Jahre und damit u. U. einen anderen Gebietsstand betrafen, wurden vor ihrer Verwendung auf den Gebietsstand 1971 umgearbeitet, wodurch in einzelnen Fällen bereits Schätzungen erforderlich waren. In den hier publizierten und in den Berechnungen verwendeten Variablenreihen wurden außerdem die Werte der Statutarstädte in die Werte der jeweiligen Umlandbezirke eingearbeitet, womit sich die Zahl der Bezirke in den Bundesländern ohne Wien von 97 (mit Statutarstädten) auf 83 (ohne Statutarstädte) verringerte. Dies schien aus zwei Gründen angebracht: Einerseits stellen einige Statutarstädte eine so kleine regionale Einheit dar, daß die für sie ermittelten Werte für analytische Zwecke einen zu großen Fehlerspielraum beinhalten. Andererseits, und das ist der wichtigere Grund, würde die gesonderte Darstellung der Statutarstädte von vornherein drei Kategorien von Bezirken schaffen, nämlich Stadtbe-

²⁾ Vgl. H. Jeglitsch: Der Beitrag der Bundesländer zum Brutto-Nationalprodukt 1964 bis 1970, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 1/1973.

³⁾ H. Jeglitsch: Der Beitrag der Bundesländer zum Brutto-Nationalprodukt 1961 bis 1972, Monatsberichte 1/1975

¹⁾ Vgl. R. Thoss, M. Strumann, H. M. Bötting: Zur Eignung des Einkommensniveaus als Zielindikator der regionalen Wirtschaftspolitik Münster 1974.

treter, Kraftfahrer usw.) und menschlicher Kontakt (Dienstleistungen i. w. S.) angestrebt. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft wird erleichtert durch den Trend von der Großfamilie der Agrargesellschaft zur städtischen Kleinfamilie, mit ihrer Trennung von Arbeit und Privatsphäre.

Die Hauptmerkmale des beruflichen Wandels in den letzten beiden Jahrzehnten (siehe Übersicht 6) waren: Die Erwerbstätigen in land- und forstwirtschaftlichen Berufen nahmen in den sechziger Jahren noch stärker ab (—3,5% jährlich) als in den fünfziger Jahren (—3% jährlich), ihr Anteil an den gesamten Erwerbstätigen sank von 31% (1951) auf 14% (1971). Die Vermutung mancher Agrarexperten, daß schon zu Beginn der sechziger Jahre der „harte Kern“ erreicht worden sei, hat sich also nicht bestätigt. Die Bestandsverringering ging zu rund zwei Drittel darauf zurück, daß ausscheidende Landwirte nicht durch junge Kräfte ersetzt wurden (Abwanderung der Kinder von Landwirten) und zu einem Drittel auf echten Berufswechsel von Landwirten. Die Ersatzquote, d. i. der Anteil der Ausscheidenden, die durch junge Kräfte ersetzt wurden, lag bei etwa einem Drittel¹⁾.

Die Zahl der in Produktionsberufen Tätigen, die in der Periode 1951 bis 1961 noch zunahm, ging zwischen 1961 und 1971 zurück, ihr Anteil verringerte sich von 36,5% auf 34,9%. Gleichzeitig sank der Anteil der Arbeiter an den Erwerbstätigen von 44,8% (1961) auf 43,3% (1971). Ihre Struktur verschob sich von den Produktions- zu den Dienstleistungs- und Transportarbeitern (Fremdenverkehr, Kraftfahrer). Besonders stark war die Abnahme dort, wo zu steigender Massenfertigung schwache Endnachfrage oder niedrige Entlohnung hinzukam, wie in den Textil- und Bekleidungsberufen, unter Holzverarbeitern, Nahrungsmittelherstellern; expansiv waren die Metallberufe (Reparatur) und die graphischen Berufe, die einen überdurchschnittlich hohen Qualifikationsgrad aufweisen.

Innerhalb der Produktionsberufe verschob sich die Fachkräftestruktur in den sechziger Jahren zugunsten der Fachberufe²⁾. Einer kräftigen Zunahme der Metallfachberufe stand allerdings ein Rückgang der traditionellen gewerblichen Fachberufe (Schuhmacher, Schneider usw.) gegenüber.

¹⁾ Siehe W. Puwein: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, Monatsberichte 8/1975

²⁾ Als Fachberufe werden jene Berufe bezeichnet, die üblicherweise von Facharbeitern ausgeübt werden (Maurer, Schlosser usw.). Die „Facharbeiter“ wurden in der Volkszählung 1971 zum erstenmal erfaßt, weshalb kein direkter Vergleich mit früheren Volkszählungen möglich ist. Ein Vergleich mit dem Betriebszensus 1964 bestätigt, daß der Anteil der Hilfsarbeiter in den sechziger Jahren zurückging.

Um die Abwanderung aus den manuellen Berufen zu dämpfen, wurden manche qualifizierte Tätigkeiten in den Angestelltenstand gehoben: Der Anteil der Angestellten in den Produktionsberufen stieg von 3,5% (1951) auf 8,2% (1971). Die kräftige Zunahme der technischen Berufe (um mehr als die Hälfte), die sich auf Personen ohne mittlere oder höhere Schulbildung konzentrierte, spiegelt teilweise diese Aufwertung von Facharbeitern.

Der Anteil der Angestellten an den Erwerbstätigen stieg von 20,7% (1951) auf 27,4% (1961) und 35,5% (1971), unter den Angestellten expandierte in den fünfziger Jahren das Verkaufspersonal besonders stark; Selbstbedienungsläden bremsen danach die Expansion. Charakteristisch für die sechziger Jahre war der Aufschwung der technischen und Intelligenzberufe³⁾, also der Berufe mit dem höchsten Qualifikationsgrad. Besonders gewichtig war die Ausweitung des Bestandes an Lehrern, bedingt durch die offene Schulpolitik und den stärkeren Andrang in höheren Schulen. Die Zahl der Büro- und Verwaltungsangestellten nahm in den letzten beiden Jahrzehnten gleich stark zu. Der Beamtenstand wuchs stärker als jener an kaufmännischen Angestellten, wo der Einsatz von Computern und Büromaschinen etwas dämpfend wirkte.

Qualifizierte Berufe expandieren stärker

Die Berufsstruktur verschiebt sich langfristig zu den höher qualifizierten Berufen. Das zeigt sich deutlich,

Übersicht 1

Qualifikationsgrad und Strukturverlagerung der Berufs- obergruppen

Berufsgruppen	Standardisierte Veränderungs- raten ¹⁾		Anteil der Per- sonen, die eine weiterführende Schule oder eine Lehre abschlossen (1971)
	1951/1961	1961/1971	
Land- und forstwirtschaftliche Berufe	—30,0	—35,8	11,8
Produktionsberufe	+4,2	—4,5	48,0
Handelsberufe	+35,8	+20,6	61,2
Verkehrsberufe	+4,3	+12,3	48,4
Dienstleistungsberufe	+10,9	+10,8	28,4
Technische Berufe	+32,6	+60,8	87,0
Büroberufe	+24,7	+25,2	71,8
Gesundheits-, Lehr- und Kulturberufe	+8,0	+30,1	80,4

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Volkszählungsergebnisse 1951, 1961 und 1971; eigene Berechnungen — ¹⁾ Die standardisierten Veränderungs-raten sind um die Änderung der gesamten Erwerbstätigkeit bereinigt. Sie bieten den Vorteil die Strukturverschiebung zweier Perioden direkt vergleichen zu können.

³⁾ Die Zunahme der technischen Berufe — sie war doppelt so stark wie im Jahrzehnt davor — bestätigt die Hypothese von Steindl, daß eine mechanische Extrapolation der Berufsstruktur 1951 bis 1961 für diese Berufsgruppe zu un-plausiblen Ergebnissen geführt hätte. Siehe J. Steindl: Bildungsplanung und wirtschaftliches Wachstum, Wien 1967, S. 21.

Brutto-Nationalprodukt (Real)

	Insgesamt		Ohne Land- und Forstwirtschaft	
	Veränderung in %		Veränderung in %	
	unbereinigt	saisonbereinigt	unbereinigt	saisonbereinigt
	gegen das Vorjahr		gegen das Vorquartal	
1975, I. Quartal	-2,4	-1,2	-2,6	-1,6
II.	-3,4	-1,7	-3,7	-1,7
III.	-3,1	+0,9	-3,3	+1,0
IV.	+0,7	+2,8	-0,6	+1,9
1976, I. Quartal ¹⁾	+1,0	-0,8	+1,0	+0,0
II. „ „	+3,1	+0,3	+3,2	+0,3
III. „ „	+3,2	+1,0	+3,2	+1,0
IV. „ „	+2,4	+2,0	+3,2	+1,8

¹⁾ Prognose

Internationale Konjunktur auf dem erwarteten Pfad

Die Belebung der Weltkonjunktur hat sich auf ziemlich breiter Basis durchgesetzt. Der Tiefpunkt des saisonbereinigten Index der Industrieproduktion wurde zuerst im I. Quartal 1975 in Japan erreicht, dann folgten im II. Quartal die USA und im III. Quartal die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. In den kleineren Ländern dürfte der Tiefpunkt ebenfalls im III. Quartal gelegen sein, doch geht die Konjunkturerholung etwas langsamer vor sich als in den großen Staaten. (Andererseits hatten in der Rezession die kleineren Länder weniger Produktionsverluste hinnehmen müssen.) Die OECD ist nun etwas optimistischer als in ihrem „Economic Outlook“ vom Dezember. Damals wurde für die gesamte OECD ein reales Wachstum von 4% erwartet, jetzt spricht der OECD-Generalsekretär von 4% bis 5%. Die Konjunktur verläuft nach Ansicht der OECD in den USA auf dem erwarteten Pfad, in Europa und hier insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland hat sie sich sogar stärker erholt, als erwartet wurde, in Japan blieben die Auftriebskräfte hinter den Prognosen zurück. Für die kommende Frühjahrstagung der Vereinigung Euro-

päischer Konjunkturforschungsinstitute sind bis jetzt erst einige neue Prognosen von Mitgliedsinstituten bekannt (siehe Übersicht „Internationale Prognosen“). Deutlich besser wird die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland eingeschätzt, in den übrigen Prognoserevisionen halten sich Verbesserungen und Verschlechterungen in etwa die Waage. Die jüngsten De-facto-Abwertungen des französischen Franc, der italienischen Lira und des britischen Pfundes könnten die Erholung der Weltkonjunktur stören.

Die Belebung der internationalen Konjunktur wird vor allem dadurch getragen, daß der Lagerabbau aufhörte und der private Konsum wieder etwas lebhafter wurde. Die Investitionstätigkeit blieb schwach, wenn man von öffentlichen Projekten absieht, die aus konjunkturpolitischen Gründen durchgezogen wurden. Wegen der geringen Bestände an Rohstoffen, Vorprodukten und Verbrauchsgütern wird der Welthandel 1976 etwas rascher wachsen als die Produktion der westlichen Industriestaaten. Seine reale Zunahme wird auf 5% bis 6% geschätzt, nach einem Sinken um 7% im vergangenen Jahr. Das geschätzte reale Importwachstum der OECD-Staaten von 6% wird maßgeblich von Mehrimporten der USA (real +12%) und Japans bestimmt. Mit österreichischen Ausfuhranteilen gewichtet, dürften die realen Importe der OECD-Staaten nur um 4% höher sein als 1975.

Leichte Anhebung von Export- und Reiseverkehrsprognose

Die österreichische Exportprognose wurde, verglichen mit der Dezemberprognose, nominell und real um einen Prozentpunkt nach oben revidiert. Darin spiegelt sich das höhere Ausgangsniveau vom IV. Quartal und die etwas bessere Konjunktureinschätzung in den wichtigsten Partnerländern. Die lebhaftere Nachfrage in den EG-Staaten hatte schon in der zweiten Hälfte 1975 den Hauptanteil an der Erholung der österreichischen Exporte. Im Export in die gesamte OECD wird 1976 erwartet, daß Österreich im Vergleich zu den anderen Industrieländern seine Marktanteile zwar halten kann, aber die 1975 verlorenen Positionen nicht wiedergewinnen wird. Die Ausfuhr in die OECD-Staaten und in die Entwicklungsländer wird weiterhin überdurchschnittlich rasch expandieren. Die Lieferungen nach Osteuropa, die in den letzten Jahren Rekordergebnisse erzielten, zeigten bereits in der zweiten Jahreshälfte 1975 deutliche Schrumpfungstendenzen. Für 1976 muß infolge Devisenmangels und Anlaufens der neuen Fünfjahrespläne mit einem geringfügigen Rückgang der Ostexporte (nominell etwa -1%) gerechnet werden.

Internationale Prognosen¹⁾ (Brutto-Nationalprodukt, real)

	1976 Prognose im	
	Herbst 1975	Frühjahr 1976
Bundesrepublik Deutschland	3,7	5,0
Frankreich	3,5	3,0
Großbritannien	1,2	1,1
Italien	2,0	2,0
Finnland	3,5	1,0
Niederlande	3,5	4,0
Norwegen	6,3	5,0
Schweiz	1,0	1,3

¹⁾ Nationale Prognosen der Mitgliedsinstitute der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute für die kommende Tagung in Zürich.

Entstehung des Brutto-Nationalproduktes

	1974	1975	1974	1975	1974	1975	1974	1975
	Zu laufenden Preisen	Zu laufenden Preisen	Veränderung gegen das	Veränderung gegen das	Zu Preisen von 1964	Zu Preisen von 1964	Veränderung gegen das	Veränderung gegen das
	Mrd S	Mrd S	Vorjahr in %	Vorjahr in %	Mrd S	Mrd S	Vorjahr in %	Vorjahr in %
Land- und Forstwirtschaft	33 2	34 1	+ 6 5	+ 2 7	23 3	24 8	+3 0	+6 2
Industrie und Gewerbe	202 0	204 6	+16 1	+ 1 3	143 4	133 4	+4 3	-6 9
Baugewerbe	62 5	64 8	+14 1	+ 3 6	38 6	36 9	+1 8	-4 4
Elektrizität Gas, Wasser	17 9	20 4	+26 6	+14 0	12 1	12 5	+8 4	+3 7
Verkehr	32 9	35 2	+10 8	+ 7 3	26 9	26 0	+6 4	-3 3
Handel	70 1	75 0	+20 3	+ 7 0	53 1	54 0	+5 3	+1 7
Öffentlicher Dienst	66 8	76 8	+16 1	+15 0	27 5	28 3	+4 0	+3 0
Übrige Dienste	86 1	96 9	+12 4	+12 5	46 2	47 8	+2 6	+3 4
Zurechnung für Mehrwertsteuern und stat. Korrektur	42 0	46 6						
Brutto-Nationalprodukt	613 5	654 4	+15 0	+ 6 7	371 1	363 7	+4 1	-2 0
Brutto-Nationalprodukt ohne Land- und Forstwirtschaft					347 8	338 9	+4 2	-2 5

lebigen Konsumgütern. Im verarbeitenden Gewerbe fiel die Produktionseinschränkung mit 4% schwächer aus als in der Industrie. Im Gewerbesektor wurde das Textilgewerbe — durch die besonders schwache ausländische Nachfrage beeinträchtigt — am stärksten von der Rezession betroffen. Infolge der extrem schwachen privaten Nachfrage sank die Leistung der *Bauwirtschaft* um 4½% unter das Vorjahrsniveau. Die höheren Aufträge der öffentlichen Hand verhinderten ein noch stärkeres Sinken der Bauproduktion. Dank der günstigen Erzeugungsbedingungen wuchs die *Energieversorgung* um 4%.

Die Gütertransporte nahmen parallel zur Konjunktur in den produzierenden Sektoren und im Außenhandel stark ab, wodurch die Leistung des gesamten *Verkehrssektors* um 3½% sank. Während die realen Einzelhandelsumsätze um 3% stiegen, lag der reale Umsatzerfolg im Großhandel nur knapp über dem Vorjahrsergebnis. Insgesamt erzielte der *Handel* einen Wertschöpfungszuwachs von real 1½%. Die reale Wertschöpfung des *Dienstleistungssektors* wuchs 1975 um etwa 3%.

Dem Brutto-Nationalprodukt von 654 4 Mrd. S entsprach nach Abzug der Abschreibungen und der indirekten Steuern (minus Subventionen) ein *Volks-einkommen* von 483 4 Mrd. S (+5%). Die *Lohn- und*

Gehaltssumme wuchs insgesamt und pro Kopf um 13%. Nach der vorläufigen Verteilungsrechnung verschoß sich die Einkommenstruktur 1975 deutlich zugunsten der Lohneinkommen. Das allgemeine Preisniveau, gemessen am *Deflator für das Brutto-Nationalprodukt*, war um 8 8% höher als 1974, nach einer Steigerungsrate von 10 5% im Vorjahr.

Für Konsum und Investitionen im Inland wurden 1975 Güter und Leistungen im Werte von 653 9 Mrd. S aufgewendet, nominell um 5 7% mehr, und real um

Das Volkseinkommen und seine Verteilung

	1974	1975	1974	1975
	Mrd. S	Mrd. S	Veränderung gegen	Veränderung gegen
	Zu laufenden Preisen	Zu laufenden Preisen	das Vorjahr in %	das Vorjahr in %
Brutto-Nationalprodukt	613 5	654 4	+15 0	+ 6 7
Minus Abschreibungen	65 6	73 4	+16 0	+12 0
Netto-Nationalprodukt	547 9	581 0	+14 9	+ 6 0
Minus indirekte Steuern	100 7	110 5	+13 8	+ 9 8
Plus Subventionen	13 0	12 9		
Volkseinkommen	460 2	483 4	+16 0	+ 5 0
davon				
Löhne und Gehälter	314 6	355 2	+15 6	+12 9
Einkommen aus Besitz und Unternehmung ¹⁾	151 7	136 5	+17 4	-10 0
Öffentliches Einkommen aus Besitz und Unternehmung	0 3	0 3		
Zinsen für die Staatsschuld	-6 4	-8 0		

¹⁾ Restgröße enthält eventuelle statistische Differenzen zwischen Entstehungs- und Verteilungsrechnung einschließlich Kapitalgesellschaften

Verwendung des verfügbaren Güter- und Leistungsvolumens

	1974	1975	1974	1975	1974	1975	1974	1975
	Zu laufenden Preisen	Zu laufenden Preisen	Veränderung gegen das	Veränderung gegen das	Zu Preisen von 1964	Zu Preisen von 1964	Veränderung gegen das	Veränderung gegen das
	Mrd S	Mrd S	Vorjahr in %	Vorjahr in %	Mrd S	Mrd S	Vorjahr in %	Vorjahr in %
Brutto-Nationalprodukt	613 5	654 4	+15 0	+ 6 7	371 1	363 7	+4 1	-2 0
Minus Exporte i. w. S.	223 1	218 7	+23 1	- 2 0	144 3	133 9	+8 6	-7 2
Plus Importe i. w. S.	228 6	218 2	+24 8	- 4 5	146 7	133 5	+6 8	-9 0
Verfügbares Güter- und Leistungsvolumen	619 0	653 9	+15 6	+ 5 7	373 5	363 3	+3 5	-2 7
Privater Konsum	332 6	368 6	+13 4	+10 8	212 8	218 1	+3 7	+2 5
Öffentlicher Konsum	96 1	108 6	+17 8	+13 0	41 1	42 3	+4 0	+3 0
Brutto-Anlage-Investitionen	172 8	174 5	+16 2	+ 1 0	108 1	101 6	+1 2	-5 9
Ausrüstung	69 3	68 5	+14 9	- 1 1	45 8	42 1	+0 7	-8 0
Bauten	103 5	106 0	+17 2	+ 2 4	62 3	59 5	+1 5	-4 4
Lagerveränderung und statistische Differenz	+17 5	+2 2			+11 5	+1 3		

Engpässe: Arbeitskräfte und Energie

Die Industrieexpansion stützte sich in den meisten RGW-Ländern überwiegend auf die Steigerung der *Arbeitsproduktivität*. Die *Industriebeschäftigung* stieg bedeutend langsamer als früher, da sich die Bevölkerung im produktiven Alter nur langsam vergrößerte, der Beschäftigungsgrad nicht mehr gesteigert werden konnte und überdies Arbeitskräfte in anderen Wirtschaftszweigen gebraucht wurden.

Die Industriebeschäftigung stieg zwar rascher als geplant, die jährlichen Wachstumsraten in der ČSSR, in der DDR und in Ungarn blieben jedoch unter 1%, in der UdSSR unter 1,5%. In Bulgarien und Polen wuchs die Industriebeschäftigung noch immer beträchtlich, aber in den letzten Jahren trat bereits eine Verlangsamung ein, die voraussichtlich anhalten wird. Den weitaus stärksten Zufluß von Arbeitskräften in die Industrie hatte Rumänien mit 6,2% pro Jahr zu verzeichnen.

Übersicht 3

Produktion, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in der Industrie

	1966/ 1970	1971/1975 Plan	1971/ 1975	1971	1972	1973	1974	1975
	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in %							
Bulgarien								
Produktion	10,9	9,2—9,9	9,1	9,1	9,2	9,0	8,1	9,9
Beschäftigung	3,9	1,0—1,7	2,0	2,4	2,2	2,7	3,0	1,8
Arbeitsproduktivität	6,8	7,6—8,1	7,0	6,2	6,8	6,8	5,0	7,9
ČSSR								
Produktion	6,8	6,0	6,7	6,7	6,8	6,9	6,0	7,0
Beschäftigung	1,2	0,3—0,6	0,7	0,4	0,6	0,8	0,8	0,9
Arbeitsproduktivität	5,3	5,4—5,7	5,9	6,3	5,9	5,6	5,4	6,1
DDR								
Produktion	6,5	6,0 ¹⁾	6,4	5,6	6,3	6,8	7,4	6,4 ¹⁾
Beschäftigung	0,4	—0,2	1,0	1,0	2,1 ²⁾	1,3	0,5	0,6
Arbeitsproduktivität	6,1	6,2	5,3	4,7	4,1	5,8	6,2	5,8
Polen								
Produktion	8,4	8,5	10,7	7,9	10,7	11,2	11,4	12,3 ¹⁾
Beschäftigung	3,3	2,9	2,9	3,1	4,6	2,8	2,4	1,5
Arbeitsproduktivität	4,9	5,4	7,6	4,9	5,8	8,2	8,8	10,6
Rumänien								
Produktion	11,8	11,0—12,0	13,1	12,0	11,6	14,4	14,7	12,4
Beschäftigung	4,3	3,4—4,4	6,2	6,6	5,6	6,9	7,1	4,9
Arbeitsproduktivität	7,3	7,3	6,5	4,9	4,8	8,2	6,7	7,1
Ungarn								
Produktion	6,3	5,7—6,0	6,5	6,8	5,2	7,0	8,5	5,0
Beschäftigung	2,4	1,2—1,5	0,1	—0,2	—0,8	1,3	0,9	—0,6
Arbeitsproduktivität	3,7	4,1—4,7	6,2	7,0	6,0	5,6	7,5	5,6
UdSSR								
Produktion	8,5	8,0	7,4	7,7	6,5	7,5	8,0	7,5
Beschäftigung	2,9	1,1	1,3	1,4	1,3	1,3	1,7	1,5
Arbeitsproduktivität	5,7	6,8	6,0	6,3	5,2	6,1	6,3	5,9

¹⁾ Warenproduktion — ²⁾ Errechnet aus dem Wachstum der Produktion und der Arbeitsproduktivität.

Die Arbeitsproduktivität wuchs in den meisten RGW-Ländern — außer in Polen und Rumänien — mit Wachstumsraten, die sich in relativ engen Grenzen zwischen 5,5% und 7,5% bewegten. Die Ähnlichkeit des Wachstums weist darauf hin, daß eine Beschleunigung der Arbeitsproduktivität in den meisten Ländern an Grenzen stößt, die durch die Industriestruktur, technologisches Niveau, Kapazitätsauslastung und Arbeitsorganisation bestimmt sind. Unter diesen Umständen sind die zwischenstaatlichen Wachstumsunterschiede in der Industrieproduktion hauptsächlich durch den Grad der Auslastung der Arbeitskraftreserven bestimmt. In Ländern mit der höchsten Auslastung des Arbeitskräftepotentials, in der ČSSR, der DDR und in Ungarn, wuchs die Industrie 1971 bis 1975 jahresdurchschnittlich mit der gleichen Steigerungsrate von rund 6,5%. In Bulgarien, Polen und Rumänien, wo die Beschäftigung noch beträchtlich zunehmen konnte, beliefen sich die Steigerungsrate der Industrieproduktion auf 9%, 11% und 13%.

Die Wirtschaftsentwicklung wurde auch von der zunehmenden Knappheit an heimischen *Rohstoffen*, *Energie* und *Brennstoffen* beeinflusst. Die Produktion von Energie und Brennstoffen entwickelte sich in den meisten Ländern Osteuropas unbefriedigend. Die Wachstumsraten der Energieerzeugung blieben in allen Ländern hinter den Planzielen und auch hinter der Entwicklung in den sechziger Jahren zurück. Bei den Brennstoffen wird in mehreren Ländern, wie in Rumänien, der ČSSR und in Ungarn versucht, die Ressourcen von festen Brennstoffen maximal für Energiezwecke auszunutzen, während Rohölprodukte sowie Gas für die Erzeugung von petrochemischen Produkten verwendet werden sollen.

In der Zeitspanne 1971 bis 1975 haben die UdSSR, Polen und Rumänien die Förderung von Stein- und Braunkohle von Jahr zu Jahr gesteigert. Im Planjahr fünf wuchs die Förderung in Polen und in der UdSSR um rund 21% und in Rumänien sogar um 45%. Die UdSSR konnte ihre Rohölförderung zwischen 1971 und 1975 um 40% steigern und 1975 491 Mill. t Rohöl fördern, allerdings um 13 Mill. t weniger als geplant war. Auch die Gaserzeugung blieb mit 289 Mill. m³ um 31 Mill. m³ unter dem Planziel. Die Förderung von Rohöl in Rumänien wuchs in fünf Jahren insgesamt nur um 9%, da die vorhandenen Erdölvorkommen keine größere Steigerung zuließen. Rumänien war noch bis 1973 Netto-Exporteur, jedoch seit 1974 hat es bereits einen Importüberschuß von Rohöl und Rohölprodukten.

Kurzfristig wurden in allen RGW-Ländern Maßnahmen getroffen, um eine rationellere und sparsamere Verwendung von Energie und Rohstoffen zu erreichen.

optischer Einschätzung der Konjunkturlage in den jüngsten Konjunkturtests leiden die Unternehmen noch immer unter stark unterausgelasteten Produktionskapazitäten. Dies und die wenig günstige Gewinnlage im abgelaufenen Jahr dürfte sie veranlassen, bei neuen Investitionen sehr vorsichtig zu disponieren. Das Konsumverhalten war 1975 extrem zurückhaltend und dementsprechend erreichte die Sparneigung auf Grund des Vorsichtssparens Rekordhöhen. Die 12. Konjunkturbefragung der EG-Kommission bei den Verbrauchern ergab im Jänner 1976 gegenüber früheren Umfragen nahezu in allen Ländern eine Zunahme des Vertrauens in die Wirtschaftsentwicklung oder zumindest eine Abnahme des Pessimismus. 1976 rechnen die meisten Länder mit einer Rückführung der überhöhten Sparquoten. Diese Erwartung geht zum Teil darauf zurück, daß die Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf voraussichtlich tendenziell sinken wird (obwohl sie im Jahresdurchschnitt nur wenig niedriger sein wird als 1975) und deshalb die Arbeitsplatzangst abnimmt. Für eine stärkere Belebung des Konsums spricht auch, daß nach zweijähriger Zurückhaltung, besonders bei langlebigen Konsumgütern (Autos), der Bedarf an Ersatz- oder Neuanschaffungen nicht mehr länger aufgeschoben werden kann. Tatsächlich erlebt die Autoindustrie, die von der Rezession am frühesten und am schwersten getroffen wurde, im Frühjahr 1976 als einzige Industriebranche einen Absatzboom. Die Wirtschaftspolitik sieht sich einmal vor dem Problem einer bereits deutlich expansiveren Geldmenge als im Vorjahr und der daraus resultierenden Inflationsgefahr für 1977. Zum anderen bringt die Unruhe auf den Devisenmärkten Komplikationen. Der Abwertungsdruck auf Lira, Franc und Pfund, der sich aus den Passivierungstendenzen der Leistungsbilanz ergab, engt die wirtschaftspolitische Handlungsfreiheit der betreffenden Länder im Außenhandel ein und verschärft die Gefahr von Abwertungswettläufen und des Aufbaues von Handelshemmnissen. Jüngstes Beispiel hierfür ist Italien. Zur Stützung der Währung und zum Abbau des riesigen Handelsbilanzpassivums führte die Regierung in Rom mit

Billigung der EG-Kommission wieder die (diesmal noch verschärfte) Bardepotpflicht von 50% aller Transaktionen mit Devisen und Importwaren mit einer drei Monate dauernden Bindung ein, wovon nur Getreide ausgenommen ist.

Der Welthandel hat sich infolge der im 2. Halbjahr 1975 beginnenden Erholung der Weltkonjunktur gegen Jahresende belebt. Im Jahresdurchschnitt 1975 unterschritten die Außenhandelsumsätze aller Länder (ohne Staatshandelsländer) das Vorjahresniveau real um 5% (1974: +5%). Nominell gab es nach einem lagerspekulativen Boom von 47% im Jahre 1974 einen leichten Anstieg um 4%. 1976 dürfte der Welthandel im Zuge des fortschreitenden Konjunkturaufschwunges in der Weltwirtschaft real insgesamt um 7% bis 8% zunehmen. Der nominelle Zuwachs dürfte wegen der Verflachung der Außenhandelspreisentwicklung mit +12% nicht sehr viel höher liegen (siehe Übersicht 2). Die Erholung des Welthandels ist der Nachfragebelebung in den Industrieländern zu danken. Der Welthandel trat zur Jahresmitte 1975 aus der Talsohle (siehe Übersicht 3). Die Einfuhr der wichtigsten Industriestaaten hat sich bereits im III. Quartal 1975 kräftig belebt, wogegen die Konjunkturwende in der Ausfuhr zu dieser Zeit noch nicht so stark ausgeprägt war. Im IV. Quartal 1975 beschleunigten sich dann sowohl die Exporte wie die Importe.

Regional betrachtet schrumpften entweder die Exporte (z. B. in die nichterdölfördernden Entwicklungsländer) oder ihr Wachstum ging gegenüber

Übersicht 2
Entwicklung des Welthandels

		1972	1973	1974	1975 ¹⁾	1976 ²⁾
Welthandel	Mrd US-\$ ³⁾	380	526	775	805	900
Vorjahresvergleich in %						
Wert		18	39	47	4	12
Preisniveau ⁴⁾		9	23	41	9	4
Volumen		9	13	5	-5	7-8

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg: Weltkonjunkturdienst 1/76, März 1976 Tabelle 10. — ¹⁾ Vorläufig — ²⁾ Vorausschätzungen — ³⁾ Durchschnitt Exporte/Importe, ohne Staatshandelsländer. — ⁴⁾ Durchschnittswerte auf Dollarbasis

Reale Entwicklung des Außenhandels 1975

Übersicht 3

	I. Qu.	II. Qu.	Ausfuhr III. Qu.	IV. Qu. ¹⁾	I. Qu.	II. Qu.	Einfuhr III. Qu.	IV. Qu. ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorquartal in Prozent; saisonbereinigt							
USA	-1.8	-5.0	+7.1	+3.5	-9.0	-12.0	+13.1	+5.2
Japan	-3.6	-3.9	-0.8	+12.4	-11.8	-4.1	+9.1	+5.5
Bundesrepublik Deutschland	-9.1	-0.1	-0.4	+2.1	-1.7	+1.7	+1.5	+3.1
Frankreich	-0.9	-3.0	+2.4	-1.5	-3.0	-3.3	+4.5	+10.3
Großbritannien	+3.4	+4.9	+2.0	+6.8	-5.7	+2.5	+4.4	+0.2
Zusammen ²⁾	-3.2	-3.5	+2.0	+4.3	-6.6	-5.0	+7.4	+4.8

Q: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg: Weltkonjunkturdienst 1/76, März 1976, Tabelle 6. — ¹⁾ Dezember teilweise geschätzt. — ²⁾ Gewichtet nach den Außenhandelswerten im Jahre 1974

Diese rasche Tendenzwende auf dem Arbeitsmarkt entspricht nicht den Erfahrungen in früheren Aufschwungsphasen (z. B. 1968/69). Sie dürfte vornehmlich auf die gegenüber damals wesentlich geänderte Entwicklung des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen sein. Geht man von der bisher beobachteten Entwicklung der Erwerbsquoten aus, so beträgt der natürliche Zugang zur Erwerbstätigkeit 1976 rund 15.000 Personen und zu den unselbständig Beschäftigten rund das Doppelte. Da der Gastarbeiterstand im Jahresdurchschnitt geringer sein dürfte als im Jahre 1975, impliziert die Arbeitsmarktprogno­se daher zumindest keinen Rückgang der inländischen Erwerbsquoten.

Entwicklung volkswirtschaftlicher Globalgrößen

	1974	1975	1976
	Reale Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nachfrage			
Privater Konsum	+37	+25	+3½
Öffentlicher Konsum	+40	+30	+2½
Brutto-Investitionen	+12	-59	+3
Lager Mrd S Preise 1964	(115)	(13)	(59)
Inlandnachfrage	+35	-27	+4½
Exporte i. w. S.	+86	-72	+7
Importe i. w. S.	+68	-90	+9
Produktion			
Industrie	+44	-78	+5½
Gewerbe	+40	-40	+4½
Bauwirtschaft	+18	-44	+2
Elektrizität Gas Wasser	+84	+37	+4
Verkehr	+64	-33	+4
Handel	+53	+17	+5
Öffentlicher Dienst	+40	+30	+2½
Sonstige Dienstleistungen	+26	+34	+3½
Brutto-Nationalprodukt			
ohne Land- und Forstwirtschaft	+42	-25	+4½
Land- und Forstwirtschaft	+30	+62	-1
Brutto-Nationalprodukt	+41	-20	+4

Einkommen und privater Konsum

Die geänderte Arbeitsmarktprogno­se hat Rückwirkungen auf die Schätzung der persönlich verfügbaren Einkommen und des privaten Konsums. Gegenüber der März-Prognose wird die Zahl der Beschäftigten um fast 1 Prozentpunkt höher angesetzt. Die Mitte des Jahres in Kraft tretende Erhöhung der Familienbeihilfen wird die Einkommen, bezogen auf das ganze Jahr, um rund ein Viertel Prozent anheben. Bei unveränderten Annahmen über die Pro-Kopf-Verdienste erfordert dies eine Revision der Schätzung des privaten Konsums um 1 Prozentpunkt.

Die verbesserten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und auch das Ergebnis von Umfragen (des IFES) über die Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit würden nahelegen, auch einen kräftigeren Rückgang der Sparneigung der privaten Haushalte in die Prognose einzubeziehen. Die bisherige Entwicklung der

Spartätigkeit im heurigen Jahr deutet noch nicht darauf hin. Über die Auswirkungen der Reform der Sparförderung können gleichfalls nur Spekulationen angestellt werden. Hier liegt eine der gravierendsten Unsicherheiten der Prognose. Vorderhand wurde wie im März ein Rückgang der privaten Sparquote um rund ½ Prozentpunkt angenommen.

Investitionen und Lagerbildung

Die Produktionserwartungen der Unternehmungen haben sich gegenüber Winter erheblich gebessert. Ende Mai meldeten die Industrieunternehmungen auf jede Frage im Rahmen des Konjunkturtestes eine wesentlich günstigere Einschätzung ihrer Situation. Die Investitionspläne der Industrieunternehmungen wurden im Frühjahr gegenüber Herbst um rund 10% nach oben revidiert. Selbst wenn man im weiteren Verlauf des Jahres geringere Planrevisionen als sonst in Aufschwungsphasen üblich annimmt, wird das Volumen der Industrieinvestitionen heuer um 9% über dem des Vorjahres liegen. Freilich sind die Investitionsvorhaben in anderen Bereichen der Wirtschaft (Elektrizitätswirtschaft, Stadtwerke, öffentliche Betriebe, Straßenbau) nicht nennenswert höher als im Vorjahr. Die Baukonjunktur bessert sich nur sehr zögernd. Sie wird hauptsächlich von Um- und Ausbauten getragen.

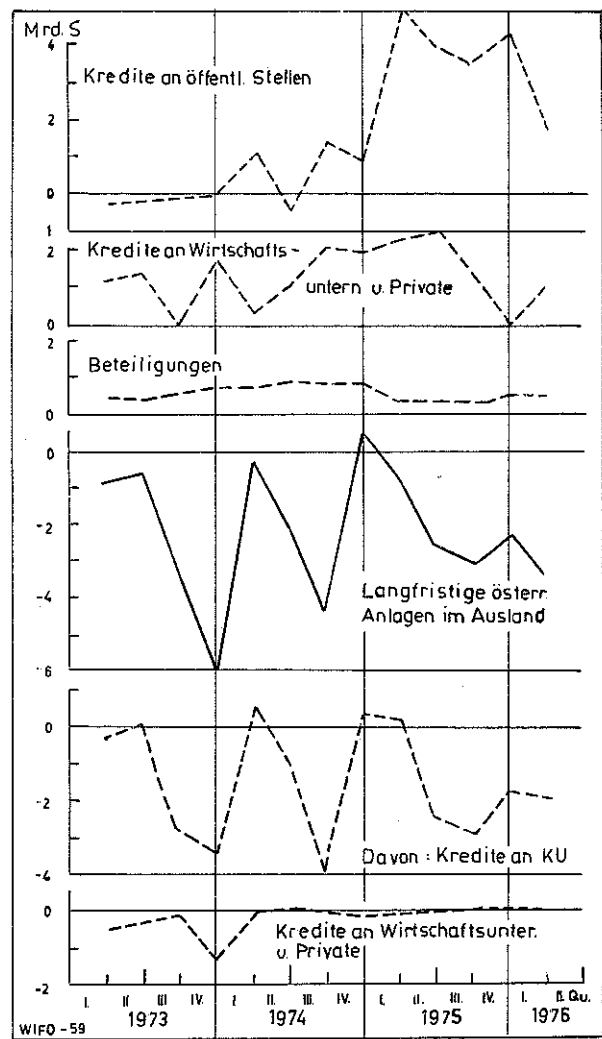
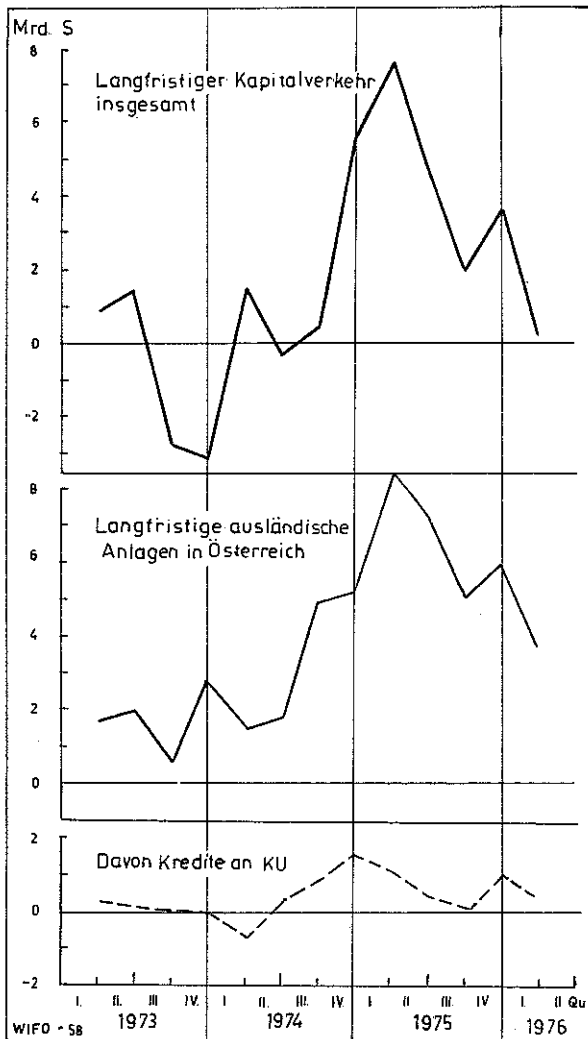
Eine vermehrte Nachfrage nach Investitionen wird vor allem für das 2. Halbjahr erwartet. Das Auslaufen der Sonderabschreibungen für Ausrüstungen und die mögliche Wiedereinführung der Investitionssteuer könnten dann ebenso wie die derzeit günstigen Finanzierungsbedingungen auf dem Wohnungsmarkt zu einer deutlichen Belebung der Nachfrage nach Ausrüstungen und, schwächer, nach Bauten führen.

Auch der kräftige Lageraufbau im I. Quartal spricht für eine günstigere Einschätzung der weiteren Produktions- und Nachfrageentwicklung. Die Umkehr im Lagerzyklus trägt nach unserer Prognose rund ein Drittel zum Wachstum des Brutto-Nationalproduktes bei. Im Vergleich zu früheren Aufschwungsphasen ist dies eine vorsichtige Annahme.

Außenhandel und Reiseverkehr

Die kräftigsten Korrekturen an den bisherigen Prognosedaten müssen beim Außenhandel vorgenommen werden. Allerdings wirken sich die annähernd parallelen Revisionen bei Importen und Exporten nur geringfügig auf den Außenbeitrag und damit auf das Brutto-Nationalprodukt aus. Die Zuwächse der Warenaus- und -einfuhren lagen im I. Quartal nominal bei rund 8% bzw. 16%. Die reale Entwicklung kann derzeit nur schwer festgestellt werden, da die impliziten Außenhandelspreisindizes zum Teil noch

Langfristiger Kapitalverkehr



Stand an Guthaben des Bundes bei der Notenbank und Vorauszahlungen für österreichische Importe im Gefolge der Spekulation um die DM-Aufwertung. Der negative liquiditätswirksame Saldo der Währungsreserven wirkte ebenfalls restriktiv. Die potentielle Liquidität hingegen (bedingte Rückgriffsmöglichkeiten auf die Nationalbank, Netto-Terminpositionen bei ausländischen Kreditunternehmen) hat um 473 Mrd. S zugenommen (einschließlich April 612 Mrd. S). Der Koeffizient der Gesamtliquidität sank von 200% im Dezember auf 194% Ende März (April 195%). Der Geldmarktsatz ermäßigte sich von 475% im Dezember auf 38% zu Ende des I. Quartals, stieg aber im April auf 514% und lag damit über dem Diskontsatz. Der saisonübliche Abbau der Kassenliquidität war diesmal viel stärker als in den letzten Jahren (758 Mrd. S gegen 285 Mrd. S im Vorjahr), die Notenbankverschuldung der Kreditunternehmen stieg vor allem durch die Spekulation um die DM-Aufwertung und damit die vorzeitige Zahlung durch die Importeure von 082 Mrd. S im

Dezember auf 332 Mrd. S im März. Im April sank die Zentralbankverschuldung auf 211 Mrd. S und erreichte zu Ende Mai 155 Mrd. S (vor einem Jahr waren es 292 Mrd. S). Im arbeitstägigen Durchschnitt blieb die Notenbankverschuldung von Dezember bis März fast unverändert (sie sank von 105 Mrd. S auf 099 Mrd. S), im April nahm sie jedoch auf 316 Mrd. S zu. Die Überschussreserve wurde fast völlig abgebaut (Ende März 068 Mrd. S, Ende April nur noch 022 Mrd. S), der negative Saldo der freien Reserve (Überschussreserve minus Notenbankverschuldung) erhöhte sich von 004 Mrd. S Ende Dezember auf 030 Mrd. S (Ende März) und 294 Mrd. S (Ende April).

Noch immer starkes Geldmengenwachstum

Der Zentralbankgeldumlauf ist im Berichtsquartal um 024 Mrd. S gesunken (vor einem Jahr waren es 310 Mrd. S), das entspricht einer Jahreszuwachsrate von 215% im März und 193% im April (gegenüber

Übersicht 3

Höhe und Veränderung der Investitionen 1973 bis 1975¹⁾

	1973	1974 ²⁾	1975 ³⁾	1973	1974	1975
	Mill. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrie insgesamt	22.409	25.013	21.224	- 7,5	+11,6	-15,1
Grundstoffindustrie	3.465	4.232	4.721	- 22,7	+22,1	+11,6
Investitionsgüterindustrie	10.794	11.974	8.941	- 4,5	+10,9	-25,3
Konsumgüterindustrie	8.150	8.807	7.562	- 3,4	+ 8,1	-14,1
Bergwerke	375	400	631	- 20,2	+ 6,7	+57,7
Eisenerzeugende Industrie	3.620	3.414	2.623	+ 8,9	- 5,7	-23,2
Erdölindustrie	1.062	1.332	1.814	- 45,0	+25,5	+36,1
Stein- u. keramische Industrie	1.816	2.225	1.027	- 29,4	+22,5	-53,8
Glasindustrie	208	345	279	- 26,0	+65,6	-19,1
Chemische Industrie	3.083	3.486	3.173	+ 3,9	+13,1	- 9,0
Papierherzeugung	1.007	1.038	1.138	- 3,8	+ 3,0	+ 9,7
Papierverarbeitung	259	385	225	- 13,0	+49,0	-41,6
Holzverarbeitung	1.007	1.107	574	- 15,5	+ 9,9	-48,1
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	1.834	2.085	2.160	- 10,5	+13,6	+ 3,6
Lederherzeugung	34	22	14	- 31,5	-36,2	-34,9
Lederverarbeitung	154	148	138	- 25,3	- 3,7	- 7,4
Gießereiindustrie	400	364	408	- 1,6	- 9,1	+12,0
Metallindustrie	625	504	280	+167,0	-19,4	-44,4
Maschinen-, Stahl- u. Eisenbau	1.694	1.981	1.808	- 3,2	+16,9	- 8,7
Fahrzeugindustrie	706	826	818	- 2,4	+17,1	- 1,0
Eisen- u. Metallwarenindustrie	1.304	1.722	1.211	- 25,6	+32,1	-29,7
Elektroindustrie	1.464	2.066	1.642	+ 3,3	+41,1	-20,5
Textilindustrie	1.414	1.174	862	+ 19,4	-17,0	-26,6
Bekleidungsindustrie	343	389	399	- 4,7	+13,6	+ 2,5

¹⁾ Einschließlich Investitionssteuer, ohne Mehrwertsteuer. — ²⁾ Bis 1974 endgültige Werte. — ³⁾ Vorläufige Ergebnisse. Ohne Berücksichtigung des Revisionsverhaltens.

Jahresende belebte. Im Grundstoffsektor stabilisierte sich die Konjunktur ebenfalls zur Jahreswende, diese Tendenzwende führte jedoch, in Einklang mit den bisherigen Erfahrungen, infolge der Langfristigkeit der Projekte zu keinen positiven Plankorrekturen.

Die Entwicklung nach Größenklassen seit 1970

Ein in der wirtschaftspolitischen Diskussion sehr stark diskutiertes, aus Mangel an Zahlenmaterial aber selten empirisch untersuchtes Problem ist die Entwicklung der Industrie nach Größenklassen. Auf Grund des Zahlenmaterials des Investitionstestes war es möglich, die Entwicklung von Umsätzen, Investitionen, Beschäftigten und Kapazitätsauslastung nach verschiedenen Betriebsgrößen zu untersuchen¹⁾.

Es wurden vier Klassen unterschieden: Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten (im Jahre 1975), zwischen 101 und 500 (2. Klasse), zwischen 501 und 1.000 Beschäftigten (3. Klasse) und mit mehr als 1.000 Beschäftigten (4. Klasse).

Im mittelfristigen Vergleich zeigt sich, daß seit 1970 die Entwicklung der größeren Betriebe hinsichtlich aller Indikatoren dynamischer ist als jene der kleineren Industrieunternehmen. Der Umsatz der Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten ist seit 1970 um 27% gewachsen, in der Größenklasse 2 waren

Übersicht 4

Industrieentwicklung nach Größenklassen

	1971	1972	1973	1974	1975	1975/1971
	Veränderung in %					
Umsätze						
0— 100 Beschäftigte	+ 6,4	+ 8,3	+ 1,7	+12,9	- 3,8	+ 27,2
101— 500 Beschäftigte	+11,8	+12,3	+ 0,7	+19,4	- 0,9	+ 49,5
501—1.000 Beschäftigte	+10,6	+14,4	+ 7,6	+21,0	+ 0,0	+ 64,7
mehr als 1.000 Beschäftigte	+ 9,6	+12,0	+ 6,9	+28,3	+ 3,6	+ 74,5
Investitionen						
0— 100 Beschäftigte	+21,3	+29,1	-12,4	+50,5	-53,7	- 4,3
101— 500 Beschäftigte	+19,9	+20,9	-17,4	+21,4	-16,3	+ 21,7
501—1.000 Beschäftigte	+ 8,3	+15,8	- 3,0	+14,3	-12,9	+ 21,2
mehr als 1.000 Beschäftigte	+12,5	+23,7	- 1,9	+ 5,7	- 6,7	+ 34,6
Beschäftigte						
0— 100 Beschäftigte	- 0,4	- 3,3	- 3,3	- 4,6	-10,3	- 20,3
101— 500 Beschäftigte	+ 2,5	+ 1,9	- 0,9	- 2,6	- 6,4	- 5,6
501—1.000 Beschäftigte	+ 1,6	+ 3,8	+ 3,6	- 0,4	-11,1	- 3,3
mehr als 1.000 Beschäftigte	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,9	- 3,1	+ 4,1
Kapazitätsauslastung¹⁾						
0— 100 Beschäftigte	81,5	82,4	80,4	72,1	66,6	
101— 500 Beschäftigte	86,3	87,7	86,0	77,0	71,5	
501—1.000 Beschäftigte	88,7	89,1	88,9	84,4	78,5	
mehr als 1.000 Beschäftigte	88,6	89,2	88,9	88,2	79,3	
Rohstofflager						
0— 100 Beschäftigte	+12,0	+ 3,7	+23,0	+21,0	-16,9	+ 44,4
101— 500 Beschäftigte	+ 6,0	+ 9,1	+ 6,8	+24,1	- 8,3	+ 40,5
501—1.000 Beschäftigte	+ 8,3	+ 8,9	+ 9,5	+37,4	- 8,7	+ 62,0
mehr als 1.000 Beschäftigte	+ 4,9	- 0,3	+ 5,6	+36,2	- 3,2	+ 45,5
Halbfertigwarenlager						
0— 100 Beschäftigte	+ 3,8	+ 9,9	+ 3,1	+16,6	- 6,2	+ 28,6
101— 500 Beschäftigte	+19,8	- 8,1	+16,7	+15,2	+ 1,9	+ 50,6
501—1.000 Beschäftigte	+ 9,5	+ 1,9	+20,2	+18,2	+ 3,0	+ 63,4
mehr als 1.000 Beschäftigte	+14,2	+ 2,1	+24,2	+25,4	+16,7	+111,7
Fertigwarenlager						
0— 100 Beschäftigte	+ 2,8	+ 5,2	+23,0	+ 9,9	- 2,0	+ 43,2
101— 500 Beschäftigte	+ 8,0	+ 0,0	+21,1	+26,8	+ 5,6	+ 75,0
501—1.000 Beschäftigte	+21,9	+ 8,2	+15,3	+37,7	+10,4	+131,3
mehr als 1.000 Beschäftigte	+16,2	- 4,5	+20,3	+42,5	+ 9,5	+108,3
Lager Gesamt						
0— 100 Beschäftigte	+ 6,9	+ 6,2	+17,2	+16,3	- 9,1	+ 40,6
101— 500 Beschäftigte	+ 9,5	+ 1,3	+11,9	+22,4	- 1,7	+ 49,2
501—1.000 Beschäftigte	+13,1	+ 6,7	+14,5	+31,9	+ 1,1	+ 84,4
mehr als 1.000 Beschäftigte	+11,1	- 0,6	+16,3	+33,6	+ 7,8	+ 85,1

¹⁾ Auslastung in Prozent des betriebsüblichen Maximum

es 50%, die Betriebe mit 501 bis 1.000 Beschäftigten konnten in diesen fünf Jahren ihren Umsatz um 65% erhöhen, die Großbetriebe (mehr als 1.000 Beschäftigte) um 75%. Diese auseinanderklaffende Entwicklung ging kontinuierlich vor sich: so konnten Betriebe mit mehr als 1.000 Arbeitnehmern in jedem einzelnen Jahr größere Umsatzsteigerungen erzielen als die kleineren Industriebetriebe (bis 100 Beschäftigte). Auch im Rezessionsjahr 1975 zeigte sich diese Hierarchie: Betriebe bis zu 100 Beschäftigten mußten einen Rückgang um 4% in Kauf nehmen, jene von 101 bis 500 Beschäftigte nur einen Rückgang von 1%, der Umsatz der Betriebe mit 501 bis 1.000 Beschäftigten blieb unverändert, die Großbetriebe konnten den Umsatz um 3½% erhöhen.

Die Entwicklung der Industriebeschäftigung ist ähnlich. Zwischen 1970 und 1975 stockten die Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten ihren Beschäftigten-

¹⁾ Das Computerprogramm wurde von W. Klameth erstellt.

Übersicht 1

OECD, AIECE¹⁾ und WIFO-Prognosen für das Jahr 1975

	1974			1975					
	Sept	Okt	Dez	März	Mai	Juni	Sept	Okt.	Dez
Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Brutto-Nationalprodukt real									
OECD insgesamt (OECD-Prognose)			½			-1½			-2
OECD-Europa (OECD-Prognose)			2¼			-½			-2½
Europa ²⁾ (AIECE-Prognose)		3			2			-3¼	
Österreich (OECD-Prognose)			3			¾			-3
Österreich (WIFO-Prognose)	4		3½	2½		1	-2½		-2½
Brutto-Nationalprodukt nominell ²⁾									
OECD insgesamt (OECD-Prognose)			12¾			9¾			8¾
OECD-Europa (OECD-Prognose)			12¾			13½			10¾
Europa ²⁾ (AIECE-Prognose)		13¼			12¼			8	
Österreich (OECD-Prognose)			11¾			11¾			6
Österreich (WIFO-Prognose)	13½		13			10	6½		6½

Q: OECD: Economic Outlook No. 16—No. 18. — AIECE: halbjährliche Konjunkturberichte. — WIFO: Monatsberichte und Prognosepapiere. — ¹⁾ AIECE = Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute. — ²⁾ Mit OECD-Gewichten des realen Brutto-Nationalproduktes 1974 und den Währungsparitäten 1974 aus den Länderprognosen (BRD, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Schweiz, Österreich) berechnet. — ³⁾ Implizit errechnet aus den Prognosen der Veränderungsraten des realen Brutto-Nationalproduktes und des Deflators.

Die Prognostiker erwarteten nun für das Winterhalbjahr 1974/75 eine relativ stagnierende Weltwirtschaft und eine Konjunkturerholung ab dem Frühjahr. Der tatsächlich eingetretene scharfe Konjunkturerinbruch im Herbst 1974 konnte infolge der verzögerten Verfügbarkeit der statistischen Daten erst in den Prognosen vom Frühjahr 1975 berücksichtigt werden. Nun war man zwar bereit die Rezession anzuerkennen, rechnete aber weiterhin mit einer kräftigen Erholung im Frühjahr bzw. im 2. Halbjahr 1975. Tatsächlich entsprach nur die Entwicklung in den USA und in Japan diesen Erwartungen, in Europa setzte erst im Herbst 1975 eine leichte Belebung ein. Die Jahresergebnisse 1975 der realen und der nominellen Brutto-Nationalprodukte wichen schließlich in einem Ausmaß von den Prognosen ab, wie das in der Geschichte quantitativer Wirtschaftsprognosen noch nicht der Fall war¹⁾.

Den Fehlprognosen der Jahre 1974 und 1975 lagen bestimmte Annahmen über die *Verhaltensweisen* der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftssubjekte zugrunde, die sich als unzutreffend erwiesen.

Man erwartete, daß Unternehmer und private Haushalte auf gewohnte Realeinkommenszuwächse oder sogar auf Teile des gewohnten Realeinkommens ohne weiteres verzichten würden, um den Realtransfer in die ölproduzierenden Länder zu ermöglichen. Das war der erste Irrtum. Der Verteilungskampf wurde 1974 zunächst eher noch härter und erst 1975 begann sich die Preis/Lohnspirale in den meisten Ländern langsamer zu drehen. Der zweite Irrtum lag in der Erwartung, daß die öffentliche Hand die rezessiven Einflüsse zumindest nicht verstärken

würde. Optimisten rechneten sogar damit, daß die öffentliche Hand die Realeinkommensverluste der Unternehmer und privaten Haushalte unmittelbar ausgleichen würde. Das ist ebenfalls erst 1975 geschehen. Im Jahr 1974 hatten wichtige Staaten wie die USA, Japan und die Bundesrepublik Deutschland noch eine stark restriktive Wirtschaftspolitik zur Inflationsbekämpfung verfolgt. Andere Länder wie Italien und Großbritannien mußten dies auch noch aus Zahlungsbilanzgründen tun. Der „fiscal drag“ wirkte sich in Zeiten anhaltender Inflation und beginnender Konjunkturabschwächung ungünstig aus, weil progressionsbedingte Mehreinnahmen nicht auf Mehrleistung, sondern ausschließlich auf die Inflation zurückgingen.

Am schwersten fiel die Fehleinschätzung der Verhaltensweisen der privaten Haushalte und der Unternehmer ins Gewicht. Man erwartete rasche und kräftige Investitionen in neue Energieformen und in neue energiesparende Produktionstechniken. Tatsächlich hielten sich die Unternehmungen in der Investitionstätigkeit zurück. Der Pessimismus der Unternehmer war jedoch im 1. Halbjahr 1974 noch nicht so tiefgehend, daß daraus Schlüsse für die Prognosen hätten gezogen werden können. Der ungewöhnlich starke Lageraufbau im 1. Halbjahr 1974 kann durch antizipatorische Käufe aus Furcht vor Inflation und mengenmäßigen Beschränkungen allein nicht erklärt werden. Die Unternehmer mußten damals auch für die kommenden Monate eine relativ gute Konjunktur erwartet haben, in der sie ihre Lagerbestände verwerten konnten. Etwa im Spätsommer 1974 dürften die Unternehmungen weltweit ziemlich abrupt (vielleicht nach Ende der Urlaubssaison) bemerkt haben, daß nur sie selbst die Konjunktur durch Käufe untereinander stützten. Die Reaktion darauf war drastisch. Die Unternehmungen versuchten die Lager so rasch

¹⁾ Qualitativ falsche Vorhersagen gab es immer. Berühmt wurde H. Hoovers Ausspruch „Prosperity is around the Corner“ lange vor dem Ende der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre.

der Unternehmungen bereits 1976 erheblich erholt hat und die Investitionstätigkeit stärker als bisher in Gang bringen wird. Obwohl in den meisten Industrieländern noch Kapazitätsreserven vorhanden sind, hat die schwache Investitionsneigung seit 1974 umfangreichen Nachholbedarf entstehen lassen. Ein eigentlicher Investitionsboom, wie er nach der Rezession 1967 in Westeuropa ausbrach, wird nicht angenommen, weil zum Teil auch 1977 noch freie Kapazitäten vorhanden sein werden, und weiters, weil als Folge des Rezessionsschocks die Unternehmer vorsichtiger disponieren dürften. Außerdem könnten diesmal die Grenzen für die Fremdfinanzierung rascher erreicht werden. Die Finanzierung der außerordentlich hohen öffentlichen Budgetdefizite gemeinsam mit der sinkenden Sparneigung der Bevölkerung und den in einigen Ländern neuerlich ansteigenden Leistungsbilanzdefiziten wird relativ rasch die Kapitalmärkte verengen.

Ebenso scheint eine Zunahme der retardierenden Kräfte weniger wahrscheinlich, wenn sie auch nicht ganz ausgeschlossen werden kann. Für ein Ausbleiben der Investitionen und einen Wiederanstieg der privaten Sparneigung fehlen bei sich verbessernden Kosten-Erlös-Relationen und einem allmählichen Abbau der Arbeitslosigkeit allerdings wesentliche ökonomische Ursachen.

Die im Frühsommer entstandenen internationalen Prognosen scheinen im Lichte der jüngsten Entwicklung etwas zu optimistisch. Für die Gruppe der westeuropäischen Industrieländer nimmt das Institut ein reales Wachstum des Nationalproduktes von 4½% bis 5% im Jahre 1977 an. Bei etwa 5% dürfte auch die zu erwartende Wachstumsrate der Bundesrepublik Deutschland liegen. Für das Wachstum des Welthandelsvolumens wird ein Zuwachs von 9% erwartet. Der Handel zwischen den Industrieländern dürfte um etwa 10% (nach 11% 1976) expandieren.

Die Entwicklung in Österreich

Nach den gegenwärtig erkennbaren Tendenzen besteht wenig Anlaß, wesentliche Revisionen an den Prognosewerten für 1976 vorzunehmen. Einige Komponenten der Endnachfrage haben sich allerdings im ersten Halbjahr etwas rascher entwickelt als vorhergesehen. Dies trifft vor allem für die Warenaus- und -einführen zu. Für das zweite Halbjahr werden allerdings im Gefolge der internationalen Konjunkturverlangsamung etwas niedrigere Zuwachsraten bei den Ausfuhren und infolge des Nachlassens von temporären Nachfrageeffekten eine ähnliche Verlangsamung bei den Einfuhren erwartet. Die Prognose der Reiseverkehrseinnahmen mußte wegen der unbefriedigenden Nüchternheitsentwicklung im Sommer nach

unten korrigiert werden. Andererseits wird die Lagerbildung im Jahresdurchschnitt etwas höher sein als erwartet. Insbesondere haben sich aber die Ausstattungsinvestitionen noch günstiger entwickelt, als im Frühsommer vorausgeschätzt worden war. Sie beschränkten sich nicht nur auf eine verstärkte Nachfrage nach Transportmitteln, sondern in den letzten Monaten immer stärker auch nach Maschinen und anderen Ausrüstungen. Der private Konsum und der öffentliche Konsum entwickelten sich weitgehend so, wie dies die Juni-Prognose implizierte.

Die weitere Konjunktorentwicklung in Österreich hängt weniger von inländischen Faktoren als vorwiegend vom Verlauf der internationalen Wirtschaftsentwicklung ab. In Österreich sind wichtige Voraussetzungen für eine weitere Expansion der Wirtschaft gegeben: das Beschäftigtenangebot wird reichlich sein, die Sachkapazitäten sind noch unterdurchschnittlich ausgelastet. Die Entwicklung der Produktivität, der Arbeitskosten und der Importpreise verlief bisher günstig, so daß sich die Gewinnlage der Unternehmungen langsam besserte. Obgleich bisher im Export nur unbefriedigende Preise erzielt werden konnten, darf doch erwartet werden, daß hier in Zukunft ein wenn auch nicht üppiger Spielraum für Ertragsverbesserungen vorhanden sein wird. Der konjunkturelle Preisauftrieb hat sich beruhigt. Größere Stabilität des inländischen Preisniveaus wird jedoch noch immer von Tarifierhöhungen und den Preisen für Saisonwaren verhindert.

Einkommen und privater Konsum

Die Vorausschätzung für den privaten Konsum und die Ersparnisbildung der privaten Haushalte stützt sich auf eine Reihe von Annahmen und Informationen: den Äußerungen führender Vertreter der Sozial- und Wirtschaftspartner kann entnommen werden, daß die Tariflohnsteigerungen im Winter nur wenig mehr als die Abgeltung der Inflation bringen dürften. Zu bedenken ist weiters, daß die Bruttoeinkommen der unselbständig Beschäftigten 1977 stärker von der Steuerprogression und von Steigerungen der Sozialversicherungsbeiträge erfaßt werden. Die Netto-Reallohne pro Kopf können daher nur sehr geringfügig steigen.

Hinzu kommt, daß auch die Transfereinkommen der privaten Haushalte nur etwa um die Inflationsrate ausgeweitet werden dürften, so daß auch hier keine nennenswerte Realeinkommensteigerung eintreten wird. Andererseits werden die Einkommen aus selbstständiger Erwerbstätigkeit 1977 überdurchschnittlich steigen, weil die Arbeitskosten nur mäßig zunehmen werden und weil die Zahlungen aus der Einkommen-

und nimmt bis 1973 wieder leicht zu, ohne den Wert von 1960 zu erreichen. Der Anteil der Lohn- und Gehaltssumme der Aktiengesellschaften an der Industrie sinkt von 55% (Durchschnitt 1956/70) auf 48% (Durchschnitt 1970/72). Der fallende Trend wird von zyklischen Schwankungen überlagert: In der Hochkonjunktur wächst die Lohn- und Gehaltssumme der Aktiengesellschaften stärker als die der Industrie, in Rezessionsjahren sinkt sie schneller. Die Relation grober Gewinnindikatoren (Rohertrag minus Lohn- und Gehaltssumme) entwickelt sich ähnlich dem Anteil der Gehaltssumme: Der Anteil der Aktiengesellschaften am Industriegewinn¹⁾ fällt tendenziell und schwankt stark prozyklisch, wobei die Struktur²⁾ der Aktiengesellschaften (Größe, Kapitalintensität, Exportorientierung, Anteil der Verstaatlichten Industrie) eine Rolle spielen dürfte.

Auf eine formale Hochrechnung der Ergebnisse aus der Statistik der Aktiengesellschaften auf den Sektor Gesamtindustrie wird verzichtet. Um Ergebnisse auf Grund der Bilanzstatistik wenigstens tendenziell auf die Gesamtindustrie ausdehnen zu können, werden Relationen jeweils für die Aktiengesellschaften und die Gesamtindustrie gebildet: So werden Anteile des Betriebsüberschusses laut AG-Bilanz am Rohertrag der Aktiengesellschaften mit Anteilen des Rohüberschusses der Gesamtindustrie an der Wertschöpfung der Gesamtindustrie verglichen u. ä.

Erarbeitung der Definitionen

Die Definition des Cash Flow ist in der betriebswirtschaftlichen Literatur keineswegs einheitlich³⁾. Übereinstimmung herrscht darin, daß der Cash Flow als Differenz von laufenden Betriebseinnahmen und Betriebsausgaben definiert ist oder (von der anderen Seite gesehen) als Jahresgewinn plus zahlungslose Aufwendungen minus zahlungslose Erträge angesehen werden kann. Aufwendungen, die den Kassenbestand nicht schmälern, sind z. B. Abschreibungen oder die Aufstockung von Rücklagen, zu den zahlungslosen Erträgen zählen z. B. Zinserträge, die noch nicht kassiert sind. Als Zweck der Cash Flow-Berechnung in betriebswirtschaftlicher Sicht wird angegeben, jenen Teil der Einnahmen zu ermitteln, der zur Ausschüttung von Dividenden, zur Tilgung von Schulden oder zur Innenfinanzierung zur Verfügung steht⁴⁾. Manche Autoren bezeichnen den Cash Flow

als Beurteilungsmaßstab für die Ertrags- und Finanzierungskraft der Unternehmung. In der letztlich entscheidenden Frage, die Summe welcher Bilanzpositionen einen Finanzierungs- oder Erfolgsmaßstab bedeutet, besteht nur darüber Einhelligkeit, daß Abschreibungen dem Gewinn hinzugefügt werden müssen; die meisten Autoren zählen auch die Rücklagen hinzu, doch hier sind Teile der Rücklagen (in Österreich z. B. die Abfertigungsrücklage) schon umstritten. Ob außerordentliche Erträge im Cash Flow verbleiben und wie Fremdkapitalzinsen oder Dividenden zu behandeln sind, wird unterschiedlich entschieden.

Übersicht 1

Definition des Cash Flow und des Betriebsüberschusses

Finanzielles Dispositionsvolumen = = Cash Flow	Volkswirtschaftlicher Gewinn = = Betriebsüberschuß
Bilanzgewinn (netto einschl. Vortrag)	Bilanzgewinn (netto einschl. Vortrag)
— Verlust (netto einschl. Vortrag)	— Verlust (netto einschl. Vortrag)
+ Verlustvortrag aus Vorjahr	+ Verlustvortrag aus Vorjahr
— Gewinnvortrag aus Vorjahr	— Gewinnvortrag aus Vorjahr
—	+ Steuern von Einkommen Ertrag, Vermögen
—	+ Saldo Aufwandszinsen minus Ertragszinsen
+ Abschreibungen	+ Abschreibungen ¹⁾
+ Abgänge	—
+ Rücklagendotierung	+ Rücklagendotierung
+ Erhöhung der Rückstellungen	+ Erhöhung der Rückstellungen
—	— a. o. Erträge
—	+ a. o. Aufwendungen
— Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	—
+ Passive Rechnungsabgrenzungsposten	—
= Cash Flow	= Betriebsüberschuß

¹⁾ Nur die Differenz zwischen buchmäßigen und volkswirtschaftlichen Abschreibungen

Es war daher notwendig, den Zielsetzungen der Arbeit entsprechende Definitionen zu wählen. Alle Bilanzpositionen wurden nach dem Kriterium untersucht, ob sie die Finanzierungskraft der Industrie aus selbsterwirtschafteten Mitteln stärken (diese Größe wird in dieser Arbeit mit „Cash Flow“ bezeichnet) und ob sie dem volkswirtschaftlichen Gewinnkonzept entsprechen (diese Größe wird als „Betriebsüberschuß“ bezeichnet). Völlig exakte Berechnungen sind aus mehreren Gründen nicht möglich: Erstens sind manche Bilanzgrößen in der verwendeten Statistik so aggregiert, daß sie sich nicht in die erforderlichen Teilpositionen zerlegen lassen und zweitens müssen manche Größen (etwa die „volkswirtschaftlichen“ Abschreibungen im Gegensatz zu den in der Bilanz ausgewiesenen) aus anderen Quellen geschätzt werden. Entsprechend der makroökonomischen Zielsetzung dieser Arbeit können Schätzmethode verwendet werden, die für die Analyse eines Einzelbetriebes unzulässig wären.

¹⁾ Diese Überlegungen beruhen auf der Annahme, daß die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung über Wertschöpfung, Abschreibungen und indirekte Steuern für den Bereich der Industrie richtig ausgewiesen sind.

²⁾ Vgl. auch I. Scheibe-Lange [22].

³⁾ Die Vielfalt an Abgrenzungen ist etwa bei W. Bischoff

[4] sehr ausführlich dargestellt

⁴⁾ Vgl. etwa L. Mayer [19].

in nationaler Währung fakturiert wird) Waren geliefert, die noch in der Zeit unveränderter Wechselkurse kontrahiert wurden. Durch Fakturierung in Währung des Käufers, Klauseln im Kaufvertrag u. ä. wird freilich ein Teil des Wechselkursrisikos (bzw. der Chance) auf den Importeur überwält und schlägt sich dann in der nationalen Exportpreisstatistik ohne zeitliche Verzögerung nieder.

Übersicht 2

Veränderung der Außenhandelspreise¹⁾ und der gewogenen Wechselkurse²⁾ einiger OECD-Länder

	1975			1976	
	Ø	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Österreich					
Wechselkurse	+ 4,0	+ 1,8	0,0	- 1,8	+ 0,9
Exportpreise	+ 3,9	+ 0,2	- 0,8	- 4,8	- 2,9
Importpreise	+ 3,8	+ 3,7	- 0,6	+ 1,6	- 0,7
Belgien					
Wechselkurse	+ 1,3	- 0,6	- 2,4	- 3,6	- 0,2
Exportpreise	+ 2,9	- 1,4	- 1,4	+ 1,4	+ 5,0
Importpreise	+ 2,8	- 0,7	+ 2,0	+ 6,9	+ 9,8
BRD					
Wechselkurse	+ 1,7	+ 0,9	- 1,8	- 2,3	+ 2,6
Exportpreise	+ 7,3	+ 4,3	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,6
Importpreise	- 0,1	- 2,9	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,9
Dänemark					
Wechselkurse	+ 3,7	+ 2,9	+ 0,7	- 1,8	+ 1,0
Exportpreise	+ 9,4	+ 9,2	+ 6,8	+ 8,0	
Importpreise	+ 4,7	+ 1,3	+ 1,9	+ 4,4	
Großbritannien					
Wechselkurse	- 7,2	- 10,1	- 11,2	- 12,5	- 17,5
Exportpreise	+ 23,0	+ 21,0	+ 20,0	+ 18,4	+ 21,2
Importpreise	+ 12,4	+ 10,2	+ 12,6	+ 12,6	+ 21,1
Italien					
Wechselkurse	- 4,0	- 3,6	- 1,5	- 11,2	- 21,3
Exportpreise	+ 13,3	+ 9,5	+ 4,0	+ 7,4	+ 24,1
Importpreise	+ 6,2	- 0,8	- 0,4	+ 5,8	+ 30,4
Niederlande					
Wechselkurse	+ 2,8	+ 0,8	- 0,2	- 1,9	- 1,2
Exportpreise	+ 4,3	0,0	+ 1,4	+ 4,1	+ 6,1
Importpreise	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,9	+ 4,3	+ 7,5
Schweiz					
Wechselkurse	+ 12,0	+ 26,7	+ 6,1	+ 5,0	+ 13,3
Exportpreise	+ 3,2	0,0	+ 0,8	- 1,5	0,0
Importpreise	- 3,8	- 6,7	- 6,0	- 4,7	- 7,8
USA					
Wechselkurse	+ 0,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 4,0	+ 4,4
Exportpreise	+ 12,0	+ 8,0	+ 2,3	0,0	+ 2,3
Importpreise	+ 8,5	+ 1,4	- 1,4	- 0,9	- 0,5

Q: OECD: Statistics of Foreign Trade, Series A — Statistisches Bundesamt, Wiesbaden: Außenhandel, Reihe 1 — Deutsche Bundesbank Beiheft Reihe 5 —
¹⁾ Indizes der Durchschnittswerte. — ²⁾ Zuwachs (+) bzw. Abnahme (—) des Außenwertes der angeführten Währungen gegenüber der ganzen Welt.

Die obige Übersicht zeigt, daß die Wechselkurse den Unterschied zwischen den Exportpreisen in Österreich und in anderen Industriestaaten nur zum Teil erklären können. In den vergangenen vier Quartalen haben sich die gewogenen Wechselkurse in Österreich nur wenig geändert und somit ziemlich ähnlich verhalten wie jene in den Niederlanden, in Belgien, Dänemark und auch in der BRD. In allen diesen Ländern waren aber die Exportpreise viel

„günstiger“ als in Österreich. Im I. und II. Quartal 1976 betrug der Unterschied zwischen den Veränderungsraten der österreichischen und der holländischen Exportpreise rund 8 Prozentpunkte, zwischen den österreichischen und belgischen rund 5 Prozentpunkte. Der österreichische Aufwertungseffekt war aber höchstens um 2 Prozentpunkte stärker als jener von Holland und Belgien. Die BRD konnte ebenfalls bessere Exportpreise erzielen als Österreich, das gleiche gilt sogar für die Schweiz, obwohl der gewogene Wechselkurs der Schweiz sehr kräftig gestiegen ist.

Bei den Importpreisen zeigt ein Vergleich keine einheitlichen Ergebnisse: Die Preissteigerungen für die Einfuhr waren in Österreich schwächer als in den Niederlanden und Belgien, entsprechen aber etwa jenen in der BRD, der Schweiz und Großbritannien — hier natürlich nur bei Berücksichtigung der gewonnenen Aufwertung des Franken bzw. Abwertung des Pfundes.

Die von anderen Ländern abweichende Entwicklung der österreichischen Außenhandelspreise kann auch auf eine unterschiedliche Waren- oder Regionalstruktur des österreichischen Außenhandels zurückzuführen sein. Der Warenstruktureffekt läßt sich annähernd ermitteln, indem die Veränderungsraten der österreichischen Export- und Importpreise von Warengruppen mit den Anteilen dieser Warengruppen im Export bzw. Import anderer Länder gewogen werden. Die österreichische Statistik weist nur für neun SITC-Teile Außenhandelspreise aus. Als Vergleichsland wurde die BRD herangezogen.

Übersicht 3

Österreichische Außenhandelspreise — Tatsächliche sowie auf Grund der Außenhandelsstruktur¹⁾ der BRD

	1975		1976	
	Ø	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.
	Veränderung gegen die Vergleichsperiode in %			
Österreichische Exportpreise				
Tatsächliche	+ 3,9	- 0,8	- 4,8	- 2,9
Auf Grund der Warenstruktur der BRD	+ 6,3	+ 3,5	- 0,9	- 4,0
Exportpreise der BRD (tatsächliche)	+ 7,3	+ 2,8	+ 0,6	+ 0,6
Österreichische Importpreise				
Tatsächliche	+ 3,8	- 0,6	+ 1,6	- 0,7
Auf Grund der Warenstruktur der BRD	+ 3,2	0,0	+ 2,7	+ 0,2
Importpreise der BRD (tatsächliche)	- 0,1	+ 0,8	+ 3,1	+ 3,9

¹⁾ Wachstumsraten der Export- bzw. Importpreise der SITC-Teile 0 bis 8 in Österreich gewogen mit den Anteilen dieser Warengruppen am Export bzw. Import der BRD

Die „hypothetischen“ österreichischen Importpreise weichen von den tatsächlichen um weniger als 1 Prozentpunkt ab. Die hypothetischen österreichischen Exportpreise wären hingegen im Durchschnitt des Jahres 1975, insbesondere aber im IV. Quartal 1975 und im I. Quartal 1976 weit günstiger gewesen

lich leicht zu nehmen (0,2 Prozentpunkte) und etwa gleich groß sein wie 1975. Im Grundbudget läßt sich daher der Versuch erkennen, die stark expansiven Effekte, die 1975/76 vom Budget ausgingen, abzubauen und der inländischen Nachfrage keine zusätzlichen Impulse zu geben.

Übersicht 3
Veränderung der Budgetsalden

	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BVA
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. S		
Saldo der Bruttogebahrung	+18,7	+8,8	-2,4
Saldo der nachfragewirksamen Gebahrung (ungewichtet)	+17,9	+3,1	-1,2
Saldo der nachfragewirksamen Gebahrung (gewichtet)	+14,8	+2,4	+2,0

(+) = Erhöhung des Defizites.
(-) = Verringerung des Defizites.

Diese Tendenz wird auch durch die Veränderung des gewichteten Budgetsaldos¹⁾ bestätigt, der im Vergleich zu 1976 leicht zurückgeht. Gemessen am Brutto-Nationalprodukt verringert er sich auf 6% (1976 6,3%). Ein Vergleich mit dem ungewichteten Saldo läßt aber erkennen, daß sich die Ausgaben und Einnahmen zu jenen Kategorien mit größeren Nachfrage- bzw. geringeren Entzugseffekten verschieben. Die dämpfenden Effekte dürften daher etwas geringer sein als auf Grund der geringeren Inanspruchnahme des Produktionspotentials anzunehmen wäre.

Sollte die Stabilisierungsquote zusätzlich freigegeben werden — ob dies der Fall sein wird, läßt sich derzeit allerdings nicht abschätzen, selbst wenn man unterstellt, die gesetzliche Voraussetzung wäre erfüllt, daß freie Kapazitäten zur Verfügung stünden —, dann würde das Produktionspotential etwa im gleichen Ausmaß genützt wie 1976. Auch die Saldenveränderungen lassen erkennen, daß unter Berücksichtigung der Stabilisierungsquote mit gleichen Auswirkungen wie im laufenden Jahr zu rechnen ist. Der gewichtete Saldo wäre mit 6,3% bezogen auf das Brutto-Nationalprodukt genauso groß wie 1976. Wenn der gesamte Konjunkturausgleichshaushalt zum Einsatz käme, wäre hingegen mit etwa den gleichen expansiven Wirkungen wie 1975 zu rechnen. In diesem Fall würde die Zielsetzung der Konsolidierung zugunsten weiterer Nachfrageimpulse aus dem Bundeshaushalt aufgegeben werden.

¹⁾ Die verwendeten Gewichte entsprechen in ihrer Größenordnung jenen, die bereits bei der Untersuchung des Bundeshaushalts 1975 verwendet wurden. Siehe: G. Lehner-A. Stanzel: Wirtschaftsprognosen, Rezession und Budgetentwicklung, Monatsberichte 8/1976.

Gegenläufige Faktoren bei den Einnahmen

Ogleich für 1977 Mehreinnahmen aus Steuer- und Tarifierhöhungen sowie der Progressionswirkung der Lohnsteuer zu erwarten sind, dürften die gesamten Einnahmen des Bundes mit 10,2% etwas schwächer wachsen als das Brutto-Nationalprodukt. Dieses etwas überraschende Ergebnis ist einerseits darauf zurückzuführen, daß bei den Steuern auch dämpfende Effekte wirksam werden und andererseits die sonstigen Einnahmen, insbesondere wegen der geringeren Erträge aus dem Münzgewinn, rückläufig sein dürften.

Übersicht 4
Gesamteinnahmen

	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BVA	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Mrd. S			
Steuern (netto)	93,8	103,8	117,4	+13,1
Steuerähnliche Einnahmen ¹⁾	21,5	23,7	26,6	+12,2
Betriebseinnahmen	31,4	35,1	39,2	+11,7
Sonstige	12,8	16,4	14,0	-14,6
Gesamteinnahmen	159,5	179,0	197,2	+10,2
	In % der Gesamteinnahmen			
Steuern (netto)	58,8	58,0	59,5	
Steuerähnliche Einnahmen ¹⁾	13,5	13,2	13,5	
Betriebseinnahmen	19,7	19,6	19,9	
Sonstige	8,0	9,2	7,1	
Gesamteinnahmen	100,0	100,0	100,0	

¹⁾ Einschließlich Beitrag an den Katastrophenfonds

Die Entwicklung der *Bundeseinnahmen* ist von zwei *Strukturschwächen* geprägt. Erstens sind die Aufkommenselastizitäten sowohl der Steuern als auch der Tarife der Betriebe über einen längeren Zeitraum rückläufig. Zweitens verschiebt sich das Steueraufkommen stärker zu den gemeinschaftlichen Bundesabgaben. Die beschlossenen Steuer- und Tarifierhöhungen sollen dazu beitragen, diese Entwicklungen zu stoppen oder zumindest zu bremsen und damit die Konsolidierung des Defizites zu erleichtern. Die Steuererhöhungen betreffen daher ausschließlich Bundesabgaben (Vermögenssteuer, Gebühren), auch die neu eingeführte Bundeskraftfahr-

Übersicht 5
Steuereinnahmen
(Brutto)

	1975 Erfolg	1976 Schätzung	1977 BVA	Veränderung 1977 gegen 1976 in %
	Mrd. S			
Steuern				
vom Einkommen	62,6	66,2	77,1	+16,5
von der Einkommensverwendung	75,4	87,6	97,1	+10,8
vom Vermögen und Vermögensverkehr	4,6	5,2	6,2	+19,2
von Einfuhren	6,4	5,8	5,6	-3,4
Summe	149,0	164,8	186,0	+12,8

Übersicht 1

Facharbeiterquoten
(Stand: Oktober)

	Industrie		Bauhauptgewerbe
	Facharbeiter	Facharbeiter + besonders qualifizierte und angelernte Arbeiter	Facharbeiter einschließlich Angelernte und Hilfsspoliere
	Prozentanteil an den Arbeitern		
1954	—	—	54 1 ¹⁾
1963	27 4	54 1	—
1964	27 7	55 0	59 3 ¹⁾
1965	28 2	56 1	—
1966	28 2	57 1	—
1967	28 7	57 5	—
1968	29 6	58 8	61 8
1969	28 9	58 3	60 9
1970	27 8	58 6	59 2
1971	27 3	56 7	59 4
1972	27 4	56 8	59 9
1973	27 4	57 7	60 1
1974	27 9	60 0	62 5
1975	29 5	61 9	—

Q: Lohnerhebung der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft (Sektion Industrie) und Baustatistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes —

¹⁾ Betriebszensus des Österreichischen Statistischen Zentralamtes

Im *Bauhauptgewerbe* bietet sich ein ähnliches Bild. Der Anteil der Gelernten und Angelernten — sie lassen sich hier verwendungsmäßig kaum trennen — nimmt zu: von 54 1% (1954) auf 59 3% (1964) und 62 5% (1974). Darüber hinaus steigt auch in der Bauwirtschaft der Anteil der technischen Angestellten (von 1968 bis 1974 um einen Anteilspunkt) und verstärkt damit die Tendenz zur Höherqualifizierung. Ähnlich wie in der Industrie führte die Verlängerung der Schulpflicht auch im Bauhauptgewerbe zu einem kurzfristigen Rückgang der Facharbeiterquote.

Der steigende Trend des Facharbeiteranteiles wird sowohl in der Industrie wie im Bauhauptgewerbe durch deutliche konjunkturelle Schwankungen überlagert. In der Rezession (vor allem 1968 und 1975) wurden Facharbeiter gehortet, Hilfsarbeiter (Ausländer) freigesetzt. Die langfristig zunehmende Tendenz wurde durch den Zustrom von (ungelernten) Fremdarbeitern nicht unterbrochen.

Für das übrige Gewerbe sind keine Zeitreihen verfügbar, doch kann man versuchen, aus der Altersverteilung der Fachkräfte (Facharbeiter und Selbstständige) im gesamten verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Industrie) die Entwicklung zu verfolgen. In der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen ist der Anteil der Fachkräfte um gut 7 Prozentpunkte höher als unter den 35- bis 40jährigen. Das deutet auf eine Zunahme des Fachkräftebedarfes im Laufe der Jahre hin. Gleichzeitig besserte sich auch die Ausbildung der Bevölkerung: 37% der 20- bis 25jährigen hatten eine Lehre abgeschlossen gegenüber 27% der 35- bis 40jährigen.

Diskrepanz zwischen Ausbildungssystem und Arbeitsmarkt

Der Zusammenhang zwischen Ausbildung (Lehre) und Facharbeit ist allerdings relativ gering. Die Ergebnisse der Volkszählung 1971 zeigen wie lose diese Beziehung ist: einerseits verfügt rund ein Viertel der Facharbeiter in den Produktionsberufen über keine entsprechende Ausbildung, andererseits ist nicht einmal die Hälfte der Gelernten im erlernten Beruf beschäftigt.

Die Bedeutung der formalen Ausbildung von Facharbeitern wird vielfach überschätzt. Das Ausmaß an formal erworbenen Fähigkeiten, die unerlässlich bzw. durch Einarbeitung nicht zu erwerben sind, dürfte gering sein — zumal der Qualifikationsbedarf zunehmend stärker betriebs- als berufsbezogen wird. Im Durchschnitt haben rund 15% der Facharbeiter im Produktionsbereich nur eine Pflichtschule (keine Lehre) abgeschlossen. Während im traditionsgebundeneren Gewerbe — auf das die Lehre zugeschnitten ist — fast alle Facharbeiter (rund 90%) eine Lehre absolviert haben, ist die Industrie hinsichtlich der Qualifizierung ihrer Arbeitskräfte sehr flexibel. In den typischen Industriebranchen liegt der Prozentsatz an Facharbeitern ohne Lehre¹⁾ (oder weiterführende Schule) sehr hoch, er schwankt zwischen 25% (Chemie, Papier, Stein und Glas) und 40% (Textil, Holzbearbeitung).

Wenn man das Werkstättenpersonal ausschaltet und nur die typisch industriellen Berufe betrachtet, wird der Anteil der Facharbeiter ohne formale Ausbildung noch größer: rund 40% unter den Chemie- und Glasarbeitern, 60% in den Textilberufen.

Auch jene Facharbeiter, die eine Lehre abgeschlossen haben, sind nicht immer in einem verwandten Beruf beschäftigt: Etwa 5% bis 10% der Facharbeiter haben eine ihrer gegenwärtigen Tätigkeit nicht entsprechende Lehre absolviert.

Insgesamt wurde also rund ein Viertel der Facharbeiter (in der Industrie noch beträchtlich mehr) im Betrieb eingeschult und durch längere betriebliche Tätigkeit zur Fachkraft herangebildet.

Noch gravierender äußert sich die lose Beziehung von Ausbildung und Facharbeit in der inadäquaten Verwendung der in einer Lehre ausgebildeten Kräfte. Die Erwerbstätigen mit abgeschlossener Lehre waren nur zu 45% im erlernten Beruf

¹⁾ Zu einem kleineren Teil dürfte es sich dabei um Personen handeln, die zwar eine Lehre, aber keine Lehrabschlussprüfung abgelegt haben. Von den Lehrlern scheiden etwa 10% während der Lehrzeit aus, weitere rund 15% machen dann keine Lehrabschlussprüfung (vor allem im Baugewerbe).

Verbrauchsstruktur

Übersicht 2

	1960	1965	1970 1.000 t SKE	1974	1975	1974 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1975
Brutto-Inlandverbrauch							
Kohle	7.634,8	7.308,4	6.784,4	6.173,6	5.443,5	+ 5,4	-11,8
Erdöl	4.239,5	7.983,3	13.179,8	15.255,8	15.313,2	-11,2	+ 0,5
Naturgas	1.843,9	2.157,8	3.581,2	5.180,3	5.159,6	+ 8,9	- 0,4
Wasserkraft	1.599,5	2.005,9	2.611,9	3.133,1	3.105,6	+13,3	- 0,9
Andere Brennstoffe				79,9	85,3	+15,9	+ 6,8
Insgesamt	15.317,7	19.455,4	26.157,3	29.822,7	29.126,2	- 2,6	- 2,3
Netto-Inlandverbrauch							
Steinkohle	1.171,5	1.068,2	1.020,4	489,4	388,5	-12,5	-20,6
Braunkohle	2.036,4	1.639,0	1.164,6	834,2	765,5	+ 7,1	- 8,2
Koks	2.113,8	2.174,9	2.100,0	2.160,2	1.900,6	+ 6,5	-12,0
Mineralölprodukte	3.653,0	6.348,5	10.737,4	12.000,3	11.896,3	- 9,8	- 0,9
Gas	2.274,2	2.648,6	3.459,0	4.755,0	4.593,4	+ 8,5	- 3,4
Elektrischer Strom	1.636,4	2.189,6	2.938,3	3.716,9	3.720,8	+ 3,6	+ 0,1
Wärme				280,7	315,7	- 5,4	+12,5
Insgesamt	12.885,3	16.068,8	21.419,7	24.236,7	23.580,8	- 2,8	- 2,7
Gesamtverbrauch¹⁾							
Steinkohle	3.789,2	3.718,1	3.556,4	2.893,9	2.619,8	+ 0,7	- 9,5
Braunkohle	3.011,2	2.617,2	2.185,9	2.098,4	1.887,6	+ 6,1	-10,0
Koks	2.830,0	2.800,8	2.809,9	2.914,7	2.543,9	+ 7,1	-12,7
Mineralölprodukte	3.950,6	7.227,8	11.752,1	13.418,1	13.531,6	-12,5	+ 0,9
Rohöl	2.922,1	5.906,7	9.354,2	13.071,6	12.372,4	- 5,4	- 5,3
Gas	3.239,6	3.503,9	4.406,2	7.084,8	7.020,6	+ 6,0	- 0,9
Elektrischer Strom	1.728,2	2.257,8	3.026,0	3.800,3	3.768,5	+ 3,8	- 0,8

¹⁾ Gesamtverbrauch der einzelnen Energieträger, ohne die zur Vermeidung von Doppelzählungen in den Bilanzen notwendigen Korrekturen.

Geringe Korrektur der längerfristigen Wirtschaftsprognose

Die Prognose der längerfristigen Wirtschaftsentwicklung Österreichs wurde nur geringfügig geändert. Das jährliche Wirtschaftswachstum bis Ende der achtziger Jahre wurde bisher auf 3½% geschätzt, nun¹⁾ bis 1985 auf 4%, von 1985 bis 1990 auf 3½%. Prognosen über die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung, insbesondere in den westlichen Industriestaaten, sind gegenwärtig allerdings mit großen Unsicherheiten belastet. Die weltweite Rezession konnte zwar überwunden werden, die Probleme der Inflation und der mangelhaften internationalen Kooperation in wirtschaftspolitischen Fragen konnte bisher nicht gelöst werden. Investoren und Konsumenten sind nach wie vor verunsichert. Die Gefahr eines überhitzten Konjunkturaufschwunges liegt daher ebenso im Bereich des Möglichen, wie eine neue weltweite Rezession. Die Prognosen der OECD sind dennoch optimistisch: Sie rechnet damit, daß das jährliche Wirtschaftswachstum mit 5% (OECD-Europa) nur wenig unter dem bisherigen Trend liegen wird, setzt allerdings dafür bestimmte politische Verhaltensweisen voraus. Aber auch weniger optimistische Prognosen kommen noch auf eine mittelfristige Wachstumsrate von 3% bis 4½%. Die Be-

urteilung der Wachstumsaussichten im Ausland hat erheblichen Einfluß auf die Prognose des längerfristigen Wirtschaftswachstums in Österreich, weil die weitere Wirtschaftsentwicklung voraussichtlich nicht vom Produktionspotential, sondern von der Nachfrage bestimmt werden wird. Selbst unter der Annahme der weniger optimistischen Wachstumsprognose für die OECD-Länder könnte das längerfristige Wirtschaftswachstum in Österreich bei 4% liegen. Allerdings gibt es große Unsicherheiten im Bereich der Investitionen, wo die schlechte Kapazitätsauslastung auf längere Sicht Erweiterungsinvestitionen hemmen könnte und im Bereich des Konsums, wo Konsummüdigkeit, Krisenangst, sinkende Bevölkerungszahlen und unbefriedigende Beschäftigungslage bei steigendem Arbeitskräfteangebot die Ausgaben der privaten Haushalte drücken könnten.

Wie die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate, änderte sich auch die längerfristige Prognose der Industrieproduktion nur geringfügig. Weiterhin muß mit dem — energiewirtschaftlich unerwünschten — Ausbau der energieintensiven Industrie gerechnet werden. Nur für die Aluminiumindustrie wurde keine Erhöhung der Produktionskapazität angenommen. Die übrigen für das Prognosemodell²⁾ exogenen Größen wurden im wesentlichen beibehalten, wenn man von den Annahmen über die künftige Deckung des Eigenbedarfes absieht.

¹⁾ Siehe H. Kramer: Mittelfristige Wachstumshypothesen der österreichischen Wirtschaft, interne Arbeitsunterlage für die Arbeitsgruppe „Budgetprognose“ des Wirtschafts- und Sozialbeirates.

²⁾ Der „Energieplan 1976“, herausgegeben vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie, 1976, enthält eine genaue Darstellung des Prognosemodells.